

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Křižkova 18 • Telefon: 26703, 31400 • (Nachredaktion): 26707 • Postfach: 97544

11. Jahrgang. Donnerstag, 8. Oktober 1931 Nr. 234.

Der Handelsvertrag mit Ungarn.

Neue Verhandlungspause zur Legierung des Vertrages.

Prag, 7. Oktober. (Amtlich.) Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Ungarn, die seit dem 7. September l. J. in Budapest geführt werden, wurden heute vorläufig abgeschlossen. Es gelang, den Umfang der noch nicht erledigten Fragen wesentlich einzuschränken. Die beiden Delegationen werden ihren Regierungen über die Fragen, welche in dieser Etappe der Beratungen erledigt wurden sowie über die Fragen, die bisher noch offen sind, Bericht erstaten.

Es ist beabsichtigt, ehestens die Verhandlungen in Prag fortzusetzen. Die eingetretene Pause wird zur Legierung des Vertrages benötigt werden, damit die weiteren Verhandlungen in technischer Hinsicht beschleunigt werden. Die tschechoslowakische Delegation kehrt morgen nach Prag zurück.

Das Unterhaus auflöst.

London, 7. Oktober. (A. L.) Das königliche Handschreiben über die Auflösung des Parlaments und die Neuwahlen ist heute morgens veröffentlicht worden.

Bei dem feierlichen Akt der Auflösung des Unterhauses besichtigten die Abgeordneten mit dem Führer der Konservativen Baldwin an der Spitze von dem Vorsitzenden des Unterhauses und brachten ihm der Reihe nach die Hand. Chamberlain stand an, der sich schmerzlich seinen Stuhl hütete, verabschiedete sich herzlich von dem Vorsitzenden des Unterhauses und unterhielt sich kurze Zeit mit ihm. Hiermit umfassen die Minister und Abgeordneten Snowden und verabschiedeten sich herzlich von ihm. Es verlautet, daß Snowden in Kürze in den Vizepräsident des britischen Reiches erhoben werden wird.

Die Pariser Besprechungen.

Paris, 7. Oktober. Der englische Außenminister Lord Reading hatte heute Mittag eine halbstündige Besprechung mit Finanzminister Flavin über Finanzfragen und über die aus Amerika eingetroffenen Nachrichten. Am Nachmittag wurden die Beratungen zu Bieren fortgesetzt.

Die Abreise des Ministerpräsidenten Laval nach Amerika ist endgültig auf den 16. Oktober festgesetzt. Am 1. November wird der Ministerpräsident wieder nach Paris zurückkehren.

Das vom Außenministerium veröffentlichte amtliche Communiqué teilt mit, daß „ein aufrichtiger und freundschaftlicher Meinungsaustrausch über die allgemeine Lage gepflogen wurde, welche in weitestem Umfang und im Hinblick auf die Interessen beider Länder geprüft wurde.“ Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

Japan landet Marinejoldaten in Shanghai?

London, 7. Oktober. Der Korrespondent der „Times“ in Tokio meldet, daß der nach Shanghai beorderte Kreuzer „Tosida“ 400 japanische Marinejoldaten landen wird, um dem Proteste der japanischen Regierung gegen die japanfeindliche Agitation in China Nachdruck zu verleihen.

Die Finanzberater schon in Wien.

Wien, 6. Oktober. Außer Avenal ist gestern auch der Vertreter des Völkerbundrates van Rost als finanzieller Berater in Oesterreich in Wien eingetroffen. Van Rost hatte bereits gestern eine ausführliche Besprechung mit dem Bundeskanzler. Er dürfte voraussichtlich zwei Monate in seiner Mission in Wien tätig sein. Gellern trat auch der englische Delegierte Pelt hier ein.

Gehaltsabbau beim Wiener Bankverein.

Wien, 6. Oktober. Wie die „Volkszeitung“ erfährt, ist beim Wiener Bankverein ein Gehaltsabbau in den obersten Stufen um 25, in den unteren um 3 Prozent geplant, was einer durchschnittlich 15prozentigen Reduktion entsprechen würde. Auch bei den Pensionen ist derselbe Vorgang vorgesehen.

Brüning entleitet die Führung:

Die Rechtsputschisten offen für die Diktatur.

Kein Kabinett der Wirtschaftsführer. — Volkspartei für Teilnahme der „nationalen Opposition“ an der Regierung.

Berlin, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Sofort nach der Verkündung der neuen Notverordnung hat heute das Kabinett Brüning seinen Rücktritt erklärt. Auf Wunsch des Reichspräsidenten unternahm Brüning sofort den Versuch der Neubildung der Regierung, die ohne parteimäßige Bildung erfolgen sollte. Im Laufe des Tages wurde eine Reihe von Namen genannt, die als neue Minister in Frage kommen sollten. Unter ihnen befand sich auch der frühere Reichswehrminister Geyler, dem man an Stelle Wirths vom Zentrum das Reichsinnenministerium angeboten hatte. Bis zum Nachmittag war es aber nur gelungen, den Industriellen Wambold zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen. Es stellte sich dann immer klarer heraus, daß eine Umbildung der Regierung in der von Hindenburg gewünschten Form nicht durchführbar ist.

Mitten in die Verhandlungen platzte ein Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz“, des Pressebüros der deutschen Volkspartei, in dem jede Beteiligung an einem so ungebildeten Kabinett abgelehnt wurde. Es wurde eine neue Regierung verlangt, die durch die letzten Vorgänge nicht belastet sei. Sie müsse sich von sozialistischen Einflüssen fernhalten und für den kommenden Winter entschlossen die Führung übernehmen. Aus außenpolitischen Gründen dürfe die Bildung einer solchen Regierung nicht abgelehnt werden. Der Kampf um die Neuregelung der außenpolitischen Beziehungen würde am besten durchgeführt werden,

wenn auch die sogenannte nationale Opposition an der Regierung beteiligt werde und die Verantwortung mit zu übernehmen habe.

Am Abend hat sich die Lage so gestaltet, daß es durch das Verhalten der deutschen Volkspartei Herrn Brüning unmöglich gemacht worden ist, die Regierung nach dem Willen des Reichspräsidenten neu zu bilden. Was jetzt weiter geschehen soll, ist zunächst nicht zu übersehen.

Die neue Notverordnung.

Berlin, 6. Oktober. Die neue Notverordnung enthält in ihrem ersten Teil die Hilfsmaßnahmen, die durch die gesteigerten Kosten der

Wohlfahrtsfürsorge erforderlich geworden sind. Für den kommenden Winter werden den Gemeinden 200 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Bei der Arbeitslosen-Versicherung werden gewisse Härten der letzten Notverordnung, wie es die Sozialdemokraten gefordert hatten, beseitigt. Lohnsenkungen der letzten Zeit z. B. werden nicht sofort in vollem Umfang auf die Höhe der Unterstufungen auswirken, die bis zu einem Drittel in Ermäßigungen bestimmt Art gewährt werden können. Bei einem regelmäßigen Wechsel von Beschäftigten kann Arbeitslosenunterstützung gewährt werden wenn auch nicht in voller Höhe. Änderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgesehen. Für die notwendig werdenden Mehraufwendungen in der Krisenfürsorge wird die Reichsregierung Mittel bereitstellen.

Zur Umwandlung der Länder und Gemeinden wird eine Umwandlungsstelle eingesetzt. Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre aus dem Hauszinssteuerertrag jährlich je 12 Prozent für Umwandlungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen erbringen sollen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden infolgedessen eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten für Verwaltungsgebäude unterbleiben, die Pensionen bei Erreichung der Altersgrenze von 60 auf 75 Prozent herabgesetzt und ferner die Höchstpensionen und die Doppelverdiener gekürzt werden. Die bereits angelegte Senkung der Hauszinssteuer beträgt 20 Prozent.

Die Notverordnung beschäftigt sich weiter eingehend mit der **Planmäßigen Anstellung arbeitsloser Kondarbeiter** und mit der **Regulierung**

nationalsozialisten und Deutschnationalen, die sogenannte nationale Opposition, halten am Sonntag in Bad Harzburg eine gemeinsame Tagung ab, und in der Presse dieser Parteien wird schon seit Tagen angekündigt, daß Brüning und die ganze von ihm bisher getriebene Politik verschwinden müsse. Während aber noch die Volkspartei ihre Forderung mit verfassungswidrlichen Mitteln umkleidet, erklären Nationalsozialisten und Deutschnationalen ganz offen, daß sie die Ausrufung einer Rechtsdiktatur über Deutschland wollen.

Es fragt sich nun, ob der Reichspräsident diesem Drängen nachgeben und die Herren um Brüning und Hitler mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Wenngleich die Rechtskreise in den letzten Wochen auf Hindenburg den stärksten Druck ausgeübt haben, ist dennoch fraglich, ob er seine Zustimmung zu der Ausrufung der Diktatur geben wird.

Aber selbst wenn er das tun würde, so ist damit noch immer die Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht. Die Erfüllung der nationalsozialistischen und deutschnationalen Forderungen würde innenpolitisch die schwersten Gefahren heraufbeschwören und die gesamte Arbeiterklasse würde sich einbilden der Verwirklichung des Sozialismus widersetzen. Was das wirtschafts- und finanzpolitisch für Auswirkungen hätte, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

Ingleich aber würde eine ungeheure Verschärfung der außenpolitischen Situation eintreten. Wenn auch Frankreich, England und Amerika jetzt eigene Sorgen haben, so dürften sie doch keinesfalls dafür zu haben sein, daß jetzt mit ihrer Unterstützung in Deutschland eine Herrschaft ausgerichtet wird, deren stärkster Stütze der Stahlhelm und die Paken-Kreuzler wären, deren außenpolitische Absichten ja bekannt genug sind.

Ob unter diesen Umständen der Reichstag am kommenden Dienstag überhaupt zusammengetreten wird, ist sehr ungewiß.

geeigneter Erwerbsloher in den Randgebieten größerer Städte.

Aus den Bestimmungen über die Spar- und Girokassen ist die Umgestaltung der Sparkassen in selbständige Rechtspersonlichkeiten hervorzuheben. Im Zukunft müssen mindestens 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 Prozent der Spareinlagen beschränkt; dem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zu 20.000 Mark gewährt werden.

Dienstverträge der Privatwirtschaft mit künftigen Angehörigen, deren Jahresbezüge 15.000 Mark übersteigen, können vom Arbeitgeber gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Aus den neuen Bestimmungen über den **Niederlandverkehr mit Kraftfahrzeugen** ist hervorzuheben, daß für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer der staatliche Genehmigungs-zwang eingeführt wird mit der Maßgabe, daß kein Unternehmer die einheitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise unterbieten darf. Ferner bestimmt die Notverordnung,

daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Finanzprüfer unterzogen werden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, **Sondergerichte zur Aburteilung von Terrorakten und schweren Stowhintergehung** einzurichten, und zwar im Einvernehmen mit den Landesregierungen. Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sieht die Notverordnung eine Reihe scharfer Bestimmungen vor, die sich insbesondere gegen die politische Propaganda mit illegalen Schriften hochverräterischer oder serbischen Inhalts richten. Es wird ferner die Möglichkeit gegeben, Sammelstätten staatsgefährlicher Bestrebungen, z. B. Ferne und Verleumdungsvorkämpfer, erforderlichenfalls zu schließen.

Verfrühte Freude.

Es ist ein seit jeher von der bürgerlichen Journaille betriebener Sport, den baldigen Untergang der Sozialdemokratie vorauszusagen. Erleidet die Partei in irgendeinem Lande infolge der besonderen Ungunst der Verhältnisse einen Rückschlag, sofort wird das nicht nur mit häßlicher Schadenfreude bezeichnet, es wird auch prompt als der nun unfehlbar beginnende rettungslose Niedergang des Sozialismus erklärt. Was war das für ein Jubel, als unsere Partei im Jahre 1923 unter der Einwirkung der von den Kommunisten hervorgerufenen Spaltung und der Anziehungskraft, welche die kommunistischen Illusionen damals unter der Arbeiterklasse noch auszuüben vermochten, bei den Gemeindevahlen eine Niederlage erlitt! Prompt wurde prophezeit, nun sei die Sozialdemokratie endgültig in die Pfanne gehauen und nie wieder werde sie sich von der erlittenen Schlappe erholen können. Wird auf einer unserer Parteitagungen debattiert und gelangen dabei über die einschlagende Taktik und Politik der Partei einander entgegengesetzte Meinungen zum Ausdruck, flugs wird auch dies als der Anfang der Uneinigkeit und Zerlegung der sozialdemokratischen Reihen gedeutet. So unvorstellbar ist den bürgerlichen Hirnen die Betätigung demokratischer Meinungsfreiheit und so wenig über sie diese in ihren eigenen Reihen, daß schon der leiseste Ausdruck oppositioneller Anschauungen gegenüber der Politik der Partei in ihnen die freudigsten Erwartungen auf unser baldiges Ende hervorruft. Bei allen Unkenntnissen und aller Lotengrabenarbeit unserer Gegner hat sich die Partei fortentwickelt, noch immer war es höchst verfrühte Freude, die sich da kundgab.

Diesmal glauben aber die Herrschaften mit ihren Voraussetzungen ganz sicher zu gehen. In Deutschland hat sich ein Grüppchen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter von der Partei abgesplittert und hat, was es so in der gegenwärtigen Zeit der schwersten Gefahren für die Arbeiterklasse als die dringende Aufgabe anjah, unter dem Titel „Sozialistische Arbeiterpartei“ eine neue Partei gegründet. Es ist nicht die einzige Gruppe, die sich da abteilt vom großen Heerlager des sozialistischen Proletariats ihr Sondergrüppchen zu bilden ansetzt, seit Jahren gibt es solcher Wanderer in das Nichts noch eine ganze Reihe und welche Rolle sie spielen, kann daran gemessen werden, daß man von ihnen kaum etwas weiß. Also da gibt es u. a. einen „Sozialistischen Bund“ mit Lebebour an der Spitze, eine „Unabhängige Sozialistische Partei“, deren Führer Theodor Liebknecht ist, dann die „Linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft“, den „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“, die „Freie Sozialistische Jugend“, den „Jungproletarischen Bund“, die „Revolutionären Pazifisten“, die „Internationale Hilfsvereinigung“, den „Industrie-Verband“, die „Allgemeine Arbeiter-Union“, die „Revolutionären Sozialisten“ und noch etliche mehr. Wenn nun auf dieser Speisekarte für Eingängernaturen ein neues Parteilager sich einzuweisen das dringende Bedürfnis fühlt, so ist dies gewiß zu beklagen, wie die Abplittierung jedes Teilchens vom Gebäude der Partei, aber ebenso wenig wie die vorhergegangenen Gründungen der genannten Sonderorganisationen wird auch die neueste Gründung der Partei und ihrer Entwicklung dauernden Schaden zufügen können.

Es liegt uns ferne, den in der Deutschen Sozialdemokratie ausgebrochenen Konflikt und die durch die Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ hervorgerufene Abspaltung eines Teiles der Parteigenossen bagatelisieren zu wollen. Aber was macht die bürgerliche Presse daraus! Sie sieht schon wieder das sichere Ende der Partei gekommen und die Kulis in den bürgerlichen Redaktionen schreiben sich darüber im freudigen Eifer die Finger kränzelnd. Da ist die „Sudetendeutsche La-

geszeitung", das Hauptblatt der Deutschen Nationalpartei, die bei den eben durchgeführten Gemeindevahlen Liebe bekommen hat, daß die Herzen gelassen sind und von der einst stolzen Partei nur mehr traurige Fragmente übriggeblieben; hämisch meint sie, die Nichtsozialisten würden von nun an das Vergnügen haben, zu sehen, wie sich drei marxistische Gruppen um die Gunst der Wähler streiten. Eine Gefährdung der Existenz glaubt das Blatt durch die Neugründung wohl nicht erwarten zu können, aber schließlich kommt es doch zu dem Schlusse, die Sozialdemokratie sei „im Abgleiten“, sei „innerlich hohl“ und es scheint ihm, die schleichende Krankheit im sozialdemokratischen Körper sei „in ein späteres Stadium getreten“. Dem Blatte einer Partei, die selber am Verreden ist, ziemt es in besonderer Maße, anderen Parteien Krankheitsdiagnosen zu stellen! In dieselbe Kerbe schlägt der „Teplitz-Schönaner Anzeiger“, der einen „beträchtlichen Teil“ der sozialdemokratischen Anhängererschaft in offener Rebellion gegen die Parteiführung sieht, der wieder einmal die Entdeckung macht, die Hauptursache der Spaltung liege eben darin, daß bei vielen bisher überzeugten Marxisten die Erkenntnis herangereift sei, daß die sozialdemokratischen Ideen zum größten Teil Utopien sind, — was, auf den Konflikt in Deutschland angewandt, wie die Faust aufs Auge paßt — und zum Schluß stellt das Blatt, das selber nicht weiß, wohin es gehört und wessen Farben es trägt, überzeugt fest, daß der Weg der Sozialdemokratie nunmehr unfehlbar „nach abwärts“ führt. Der „Deutschen Landpost“ hinwiederum genügt nicht die Beschränkung des Konfliktes auf die Sozialdemokratie Deutschlands, in landesländischer Sehergabe sieht sie bereits die herrliche Vision einer Spaltung auch der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei vor ihrem — man verzeihe das harte Wort! — geistigen Auge aufsteigen. Wenn Wünsche tören könnten, wäre von der Sozialdemokratie kein Stübchen mehr übrig, der wütende Haß ihrer Gegner hätte sie längst in alle Winde geblasen. So freilich bleibt es beim Wünschen und Prophezeien.

Die Vorgänge in Deutschland sind von uns bereits in aller Offenheit und Freimütigkeit besprochen worden. Daß sie tief beklagenswert sind und der Partei vorübergehend Schaden zu bereiten geeignet sind, haben wir uns nicht verhehlt. Aber daß es in einer großen lebendigen Partei, die sich vor schwerwiegenden Fragen und Entscheidungen gestellt sieht, oppositionelle Strömungen gibt, das ist so selbstverständlich wie es selbstverständlich ist, daß jede Partei geistig erstarrt, der innerhalb ihrer Reihen jede geistige Auseinandersetzung fehlt oder unmöglich gemacht wird. Wenn diesmal die Auseinandersetzungen dazu geführt haben, daß sich eine Gruppe aus der Partei hinausmandriert hat, so ist das ihre eigene Schuld und nicht die der Partei, was auch jene bisherigen Anhänger der Linken einsehen, die in der Partei verblieben sind, in der sie nach wie vor genügend Garantien als gegeben anerkennen, für ihre politisch-freistlichen Aufstellungen zu werden. Jedenfalls ist der Versuch, die Massen mit besseren marxistischen Erkenntnissen zu durchdringen und die Partei

zu einer Aenderung ihrer politisch-taktischen Haltung zu bestimmen, von vorneherein als ein mißlungener anzusehen, wenn er die Form der Gründung einer Sonderorganisation annimmt, wie sich auch als völlig irrig die Erwartung herausstellen wird, einer solchen Neugründung hätte es gelingen, die Massen der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Noch alle solche Abplitterungen haben in das Nichts geführt.

Den Zeitvertern sowohl wie den Klassenfeinden der Arbeiterschaft wird die Enttäuschung nicht erspart bleiben. Der Vollständigkeit sei noch erwähnt, daß die neue Partei, kaum daß sie aus der Taufe gehoben wurde, auch schon der Bannfluch Moskows getroffen hat, weil dieses in ihr eine untaubere Konkurrenz zu erblicken glaubt. Dieses „linke Mandat“ sei gerade das, was die Bourgeoisie will und das ganze sei nichts als eine Schablonenorganisation gegen die Klasseninteressen des ge-

Hoovers Plan:

Stützungsfortium für U.S.A.-Banken.

Berlängerung des Moratoriums Gegenstand der Aussprache mit Laval

Washington, 7. Oktober. Während der Konferenz im Weißen Hause, die bis nach Rittersnacht dauerte, gab Präsident Hoover eine Erklärung ab, die u. a. besagt:

Die lange Dauer der Depression, die auf die Ereignisse in Europa zurückzuführen ist, und die Warenpreise, die die Wertpapierpreise in Mitleidenschaft ziehen, haben mannigfach in den Vereinigten Staaten Befürchtungen hervorgerufen, die angesichts der tausendfältigen Hilfsquellen unseres Landes gänzlich ungerichtet sind. Um der gänzlich anormalen Lage zu begegnen und das Vertrauen möglichst bald wiederherzustellen, ist ein einheitliches Vorgehen unserer Bankiers und eine kooperierende Aktion der Regierung ein wesentliches Erfordernis.

Hoover schlägt dann ein Aktionsprogramm vor. Er ersucht zunächst die Bankiers der Vereinigten Staaten, einen Fonds von mindestens 500 Millionen Dollars zu gründen. Der Zweck dieser Institution soll sein, Bankakte zu diskontieren, die jetzt zum Diskont bei den Bundesreservebanken für nicht geeignet gehalten werden.

Hoover erklärt weiter: Ich bin von den führenden Bankiers von New York darüber verständigt worden, daß sie auf mein Verlangen die Führung einer solchen Organisation übernehmen würden. Die New York City Clearing House Association hat einstimmig beschlossen, 150 Millionen Dollars beizusteuern. Auch von anderen großen Zentren habe ich Zusicherung erhalten. Ich habe die Gouverneure der Bundesreservebanken aufgefordert, die Mitwirkung der Bankiers in ihren Bezirken zu erwirken. Ich werde dem Kongress vorschlagen, daß die Bestimmungen der Bundesreserveakte erweitert werden, damit den Akteuren der Banken eine größere Liquidität gegeben wird. Ferner will ich, wenn nötig,

die Bildung einer Finanzgesellschaft zur Stützung des Kredites empfehlen,

die in ihrem Charakter und Zweck, der Finanzgesellschaft ähnlich soll. Die Vorschläge, deren Durchführung Gezeje notwendig macht, habe ich den Mitgliedern des Kongresses gestern abend vorgelegt und diese billigen sie im Prinzip.

saunten Proletariats, eine Agentur des Weissen Parteivorstandes und der kapitalistischen Brüningdiktatur.

Mit der Morgenluft, welche die kapitalistischen Goldschreiber zu wittern glauben, ist es auch diesmal nichts. Weil einige Führer die Nerven verloren haben, so daß sie glauben, es in der Partei nicht mehr aushalten zu können, das ist noch lange kein Grund, der Sozialdemokratie Untergang und Verderben zu prophezeien. Ist die Partei auf einem irrigen Wege, so wird sie durch die Million Proletarier, die in ihr organisiert und in ihr nicht mundtot gemacht sind, schon wieder auf den richtigen Weg, auf den Weg des unerbittlichen Klassenkampfes zurückgeführt werden. Darum wird die große Masse der Parteimitglieder, die den Wert der Einheit und Geschlossenheit kennt, sich nicht verwirren lassen und sie wird die frohen Hoffnungen ihrer Feinde zuschanden machen.

Ich werde mit Laval bei seinem Besuche die Frage weiterer Arrangements, wie sie in der Zeit der Depression in Bezug auf die internationalen Regierungsmaßnahmen notwendig werden, besprechen. Die Politik der amerikanischen Regierung in dieser Frage ist von mir in einer Erklärung am 20. Juli bekanntgegeben worden, in der der amerikanische Vorschlag für ein einjähriges Moratorium mitgeteilt wurde. In dieser Hinsicht wird unsere Aufgabe in einer solchen Anpassung bestehen, die in der Zeit der Depression gleichzeitig uns selbst und der Welt Hilfe gewährt. Dies ist zunächst ein Gegenstand der Verhandlungen mit ausländischen Regierungen und hat daher in der Abendkonferenz nicht zur Beschlusfassung gestanden.

Die Zeiten rufen nach Einheit der Aktion seitens unseres Volkes. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, die wir selbst nicht veranlassen können. Das amerikanische Volk kann durch sein Beispiel Hoffnung und Vertrauen dem eigenen Lande und der übrigen Welt geben.

Der deutschamerikanische Senator Wagner, einer der Teilnehmer der Beratungen, erklärte nach dem Verlassen des Weißen Hauses, es sei weder eine Steuererhöhung noch ein Verbot von Leerverkäufen an Fondsbörsen noch die Frage der deutschen Kurskredite erörtert worden. Man habe lediglich diskutiert und sich prinzipiell geeinigt über die Gründung eines privaten Bankfortiums mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar, mit dem den Banken geholfen werden soll, deren Anleihen an ihre Schuldner sich nach dem Bankgesetz nicht zur Diskontierung durch Bundesbanken eignen. Ueber eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums wurde nichts beschlossen. Man war sich darüber einig, daß Präsident Hoover diese Frage mit Laval aufnehmen und feststellen solle, wann und unter welchen Bedingungen ein weiteres Moratorium erforderlich sei.

Die „Deutsche Presse“ im Kirchenbann.

Sie tut Buße und betet.

Wenn jemand geglaubt hat, die „Deutsche Presse“ würde über die Maulschellen, die ihr der Runtius Ciriaci durch die Olmützer Bischofskonferenz verjehen ließ, in gerechtem Zorn ausgehen, und den Kampf gegen die Wechler im Tempel des Herrn, den sie ohnehin nur in dem einen einzigen Fall aufgenommen hatte, Mannhaft fortführen, so hat sich der gewaltig geteilt. Sie ist nicht umsonst das Blatt Wahrheitsgärtlings, den seine nationalsozialistischen Freunde seinerzeit in Wahr-Weichling umgetauft haben. Sie hält sich weniger an das biblische Gleichnis von der Auspeisung der Wechler als an das Gebot, die linke Wange hinzuhalten, wenn man auf die rechte geschlagen worden sei. Sie ist seit der Watsche von Olmütz frömmel geworden als nur je ein Kerzelmelch es war, und ihr Textteil ist vom Bonifazinsblatt nicht mehr zu unterscheiden. Da den Priestern die Mitarbeit an dem „antikatolischen“ Blatt verwehrt ist, kommt der Senator Böhr der gebannten Zeitung zu Hilfe und schreibt ihr rührend einseitige Heuileitens über die Rekl von Konnerbreuth, wobei er allerdings irgendwelche Propagandaschriften ausschreibt und nur, was die Brustwunde betrifft, sein persönliches Zeugnis ablegt (Die Sünde, sich so unfeusche Dinge anzusehen, sei ihm verziehen!).

Der Wiener Katholikentag wird gewürdigt, der Rosenkranz in Versen besungen, und in jeder Spalte kehrt das Wort katholisch ein halbdutzendmal wieder. Der Ciriaci soll sehen, daß man bußfertig ist und nie mehr gegen den römischen Stachel lösen wird! Es scheint, daß der finanzielle Schaden des Interdiktis doch empfindlich ist, sonst würde man wohl nicht so knieweich zu Kreuze kriechen und sich einer kirchlichen „Autorität“ fügen, der man vor wenigen Wochen die Autorität abgesprochen hat, die man als ein weltliches Amt und deren Träger man als einen schweren Sünder bezeichnet hat.

In seiner Bußfertigkeit geht das Blatt so weit, ganze Gebete wörtlich abzurufen. Da ist ein „allgemeines Gebet“ gegen die Not der Zeit vorgeschrieben worden. Ueber den Nutzen von Gebeten zur Besämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit kann man ja verschiedener Meinung sein. Es wird viele geben, die auch von der Kirche in diesen Zeiten andere Hilfe erwarten würden.

Was aber nicht nur bezeichnend für den Geist des streitbaren Merkantilismus, sondern wirklich empörend ist, das ist die Tatsache, daß der größte Teil des „Allgemeinen Gebetes“, das die „Deutsche Presse“ in seinen Letztern ausdrückt, gar nicht um Hilfe für die Arbeitslosen betet, sondern ein Bannfluch gegen die „Gottlosen“ ist. Da heißt es nämlich:

„In deine Wunden — gekreuzigter Christus, — legen wir die bange Sorge — um den Fortbestand der christlichen Religion — in unserem Vaterland. — Die Gottlosen sind am Werk, — deinen Namen zu lähern, — deine Gebote abzuschaffen, — deine Kirche zu verfolgen, — den Frieden der Völker zu tören, — Herz und Willen, — laß unser Volk nicht untergehen — in Heidentum und Sünde, — in Reich und Klassenhaß! Gib uns Einheit im wahren Glauben, — Eintracht in christlicher Liebe, — gib uns deinen Frieden in deinem Reiche!“

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Ein hochgewachsener, iadellos gekleideter, an den Schläfen ergrauter Mann trat ins Sprechzimmer. Peter betrachtete prüfend das scharfe, intelligente Gesicht, die unruhig flackernden Augen; ihm schien, als müßte er den Mann kennen, aber woher?

Er begann mit den üblichen Einleitungsphrasen. Der Mann unterbrach ihn etwas ungeduldig:

„Ich verlange von Ihnen keine Träume, weder von Geld, noch Erfolg. Ich habe im Leben alles erreicht, was ich erreichen wollte.“

„Dann begreife ich nicht, warum Sie zu mir kommen“, meinte Peter unliebendwürdig.

Der Mann starrte ihn an.

„Sie haben sicherlich die verschiedensten Patienten“, sagte er zögernd. „Früher gingen die Leute zum Priester, heute laufen sie zum Psychoanalytiker oder zum Quack...“

„Quacksalber, sprechen Sie das Wort nur ruhig aus. Vielleicht bin ich tatsächlich ein feilscher Quacksalber. Aber wenn Sie dieser Ansicht sind, verstehe ich noch weniger, weshalb...“

„Haben Sie unter Ihren Patienten auch schon einen Mörder gehabt?“ fragte der Mann unermittelt.

Peter blickte ihn verblüfft an. Dann, einer plötzlichen Eingebung folgend:

„Bis jetzt nicht; Sie sind der erste.“

Der Mann lachte.

„Sie brauchen nicht nach der Polizei zu telefonieren. Der Mord wurde vor acht Jahren begangen, und der Mörder und der Ermordete sind eine Person.“

„Tote kann ich nicht lebendig machen“, entgegnete Peter noch immer verblüfft.

„Das sollen Sie auch nicht. Im Gegenteil,

Der Tote ist mir nicht tot genug. Er kommt immer wieder, er läßt mir keine Ruhe. Er will nicht endgültig sterben.“

„Wer sind Sie?“ fragte Peter. „Bei meinem Beruf tut der Name nichts zur Sache, aber in Ihrem Fall dürfte er mir die Behandlung erleichtern.“

„Ich war“, sprach der Mann langsam, als schmerze ihn jedes Wort, „vor acht Jahren noch ein anständiger armer Teufel, ein Mensch, der an die Gerechtigkeit glaubte und für sie kämpfte; heute bin ich ein reicher, angesehener Mann...“ Er stockte.

„Warum haben Sie Ihren Traum verraten, Herr Klinger?“ fragte Peter.

„Sie kennen mich?“ Gabriel Klinger blickte Peter fast erschrocken an.

„Ich habe unlängst Ihr Bild gesehen: Einer unserer bekanntesten Politiker und Zeitungsbesitzer.“

Gabriel Klinger atmete lächelnd.

„Ja, das bin ich heute, und ein reicher Mann dazu. Es gibt Leute, frühere Freunde, die vor mir ausspucken, aber die andern achten mich.“

„Was wollen Sie mehr?“ fragte Peter spöttisch. „Bekannt, geachtet, reich, kann ein Mensch mehr verlangen?“

„Mein Gott, begreifen Sie denn nicht? Der andere Gabriel Klinger ist nicht ganz tot; er stirbt mich, er macht mir Vorwürfe, er verhöhnt mich. Ich träume von ihm, bin wieder er und...“

„Ich kann Ihnen nicht helfen, Herr Klinger“, erwiderte Peter kalt. „Sie haben die eine unverzeihliche Sünde begangen, Sie haben Ihren Traum geübt.“

Er betrachtete das kluge Gesicht.

„Schade, Sie hätten etwas leisten können.“

Er blickte abermals auf seinen Patienten; der lag da mit schloß herabhängenden Armen, mit dem Ausdruck völliger Hilflosigkeit und Verzweiflung auf dem erbläuten Gesicht. Und Peter fühlte, dieser Gabriel Klinger, dieser Renegat, der sich

und seine Überzeugung verkauft hat; für Geld, für Macht, der ist dennoch Mensch geblieben; sein Traum von Gerechtigkeit war stärker als seine Habgier, sein persönlicher Ehrgeiz; er konnte ihn nicht töten.

Zum erstenmal seit Wochen empfand Peter Brenn wieder einmal den Wunsch, seine Kraft einer guten Sache zu widmen. Weshalb sollte er nicht den halbtoten Traum dieses Mannes zu neuem Leben erwecken, ihm Macht über den Menschen verleihen?

Er legte Gabriel Klinger, der sich bereits zum Gehen anschickte, die Hand auf den Arm.

„Sagen Sie mir aufrichtig: was wollen Sie wirklich?“

Und der Mann, der eine Nacht im Lande war, stammelte niedergeschlagen, mit angstvollen Ränderaugen:

„Ich weiß es nicht.“

„Doch, Sie wissen es, wollen es nur nicht wissen.“

Gabriel Klinger starrte ihn wie Hypnotisiert an.

„Ich habe mich so an dieses Leben gewöhnt... an einen gewissen Luxus... daran, daß die Menschen vor mir kriechen. Nein, nein, ich kann nicht zurück.“

Er blickte an seinem eleganten Anzug hinab, als wollte er ihn, das Symbol seines Erfolges, festhalten.

Peter überlegte hastig; er erinnerte sich an die Lebensgeschichte dieses Mannes, der als Bauerarbeiter angefangen hatte, das siebenköstliche Kind eines Fabrikarbeiters war. Ja, er erinnerte sich sogar an ein Bild der Mutter, einer müden, vergrämten Frau mit guten Augen.

„Ich werde Ihnen helfen, Herr Klinger.“

„Können Sie den andern töten, mir die Ruhe wiedergeben?“

„Ja, ich werde den andern töten, den falschen Klinger, der nicht Sie sind“, versprach Peter zweideutig.

Gabriel Klinger legte sich geborjam auf die Chaiselongue, und Peter griff nach seinen Handgelenken. Er blickte auf die Hände nieder; sie waren gepflegt und manikürt, aber man sah ihnen trotzdem noch immer an, daß sie einmal harte Arbeit verrichtet hatten. Und aus diesen Händen spannt Peter den Traum.

Der Mann auf der Chaiselongue senkte ein paar Mal tief. Dann wurde sein Gesicht hell und froh, wie das eines Menschen, der etwas Schönes sieht. Die manikürten Hände ballten sich zur Faust. Unerkennbarliche Entschlossenheit sprach aus ihnen.

Als Gabriel Klinger erwachte, blickte er verstört um sich, als befände er sich in einer fremden Umgebung. Dann sank sein Kopf hinab, die hellen scharfen Augen wurden trüb.

„Sie haben mir nicht geholfen, Herr Brenn, im Gegenteil.“

„Das erscheint Ihnen nur so, muß im Anfang so sein“, log Peter. „Das nächste Mal wird es schon besser gelingen.“

Er griff nach Gabriel Klingers Hand und hielt sie fest.

„Sie werden wieder kommen?“

Die Frage klang mehr wie ein Befehl.

„Ja, in einer Woche. Ich muß morgen nach Berlin fahren. Werden Sie mir wirklich helfen, Herr Brenn?“ Die letzten Worte klangen fast flehend.

„Ja, ich werde Ihnen helfen.“

Er begleitete Gabriel Klinger zur Tür.

„Der Nächste.“

Eine hübsche blonde Frau erhob sich und folgte Peter ins Sprechzimmer. Er sah sie an. Das war ja die „Mierzel“, Felix Halberds „Mensch“.

Sie ließ ihm keine Zeit, Fragen zu stellen.

„Ich will keine Träume, Herr Brenn. Hier handelt es sich um etwas Wirkliches. Sie sind Felix Freund. Sie haben ihn mit der Frau zusammen gebracht. Sie müssen mir helfen...“

Gott heiliger Geist, — erleuchte und führe — unsere geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, — die für unser Wohl zu sorgen haben. — Erhalte unseren heiligen Vater, — den obersten Hirten der Kirche, — in deinem besonderen Schutz — Erneure die Gnade der Weisheit — in unseren Bischöfen und Priestern. Erwecke viele Männer und Frauen, — die aus apostolischer Gesinnung — in Wort und Beispiel und Tat — mitwirken am Reiche Gottes, — mitkämpfen für die stillige Ordnung, — mitwirken am Heile der Seelen!

Neben der Sorge, den heiligen Vater zu ergötzen, die anscheinend dringender ist als die Arbeit zu bekommen, sollen die Krisenopfer also auch um die ohne Zweifel sehr nötige Erleuchtung und Erneuerung der Weisheit für die Bischöfe — (vor allem wohl die von Rom) — und für die Befreiung des Reiches und Klassenhasses beten. Daß der hungernde Arbeitslose den Reichen und Zotten beneide, daß er wohl gar schänden Klassen, daß gegen die Herrschaften begibt, die kürzlich im „Prager Tagblatt“ verkündet haben, daß sie sich durch die Krise nicht im Verhängen stören lassen, das ist die Hauptfrage der Kirche. Sie hat die Pflicht, den Arbeitslosen ein Gebet zu empfehlen, in dem der Klassenhaß und der Neid als der Krebsknoten der Zeit hingestellt werden!

Auf diese Weise wird die „Deutsche Presse“ näher die Gunst des Ciriaci zurückgewinnen! Im Vorgefühl ihres Erfolges wagt sie es dann sogar, bei aller Demut und Feigheit, den Segner ein wenig zu belästeln. Sie bringt auf der ersten Seite eine Mahnung an die Verschleißstellen der „Deutschen Presse“, in der es heißt:

„Aus zahlreichen Orten der Republik wurde uns mitgeteilt, daß das erhöhte Interesse der Öffentlichkeit für die „Deutsche Presse“ es mit sich bringt, daß die in den Verschleißstellen ausliegenden Exemplare rasch aufgebraucht werden, trotzdem unsere Verwaltung selbst bereits täglich wesentlich mehr Exemplare den Verschleißstellen überbringt, als im Sommermonat.“

Das ist entweder eine Erfindung, mit der die gottes- und bischofsfürchtigen Christen ihren Oberen ärgern wollen, oder es ist wahr, dann stellt es ja dem christlichen Gehorsam der Katholiken ein schönes Zeugnis aus — oder aber das Interesse der Leser ist nur dem Problem zugewandt, wie die Kirche St. Erzelung quitiert wird. In diesem Falle können sie sich die Reue ersparen. Die „Deutsche Presse“ weiß sich zu bedürfen, sie wird sich zu keiner menschlichen Handlung hinreichend lassen!

Staatsvoranschlag für 1932.

Berichtigung des Militärbudgets, Erhöhung des Budgets der Ministerien für Schulen und soziale Fürsorge.

Wie die „Prager Presse“ meldet, betragen die Ausgaben in dem neuen Voranschlag für das Jahr 1932 3818 Millionen Kronen, sind also um 519,8 Millionen niedriger als ursprünglich vorgesehen war. Die Staatseinnahmen betragen demgegenüber 3223 Millionen. Ersparungen wurden erzielt im Ministerium für Rationalisierung von 91 Millionen, im Ministerium des Reiches von 15 Millionen, im Landwirtschaftsministerium von 12 Millionen, im Handelsministerium von 4,3 Millionen, im Arbeitsministerium von 38 Millionen, im Gesundheitsministerium von 8 Millionen und bei den Pensionen und Versorgungsbezügen von 51 Millionen Kronen. Dagegen weist das Ministerium für Schulwesen eine Erhöhung von 4 Millionen, das Ministerium für soziale Fürsorge eine solche von 7 Millionen aus. Auch der Voranschlag des Justizministeriums ist um 8 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahre höher.

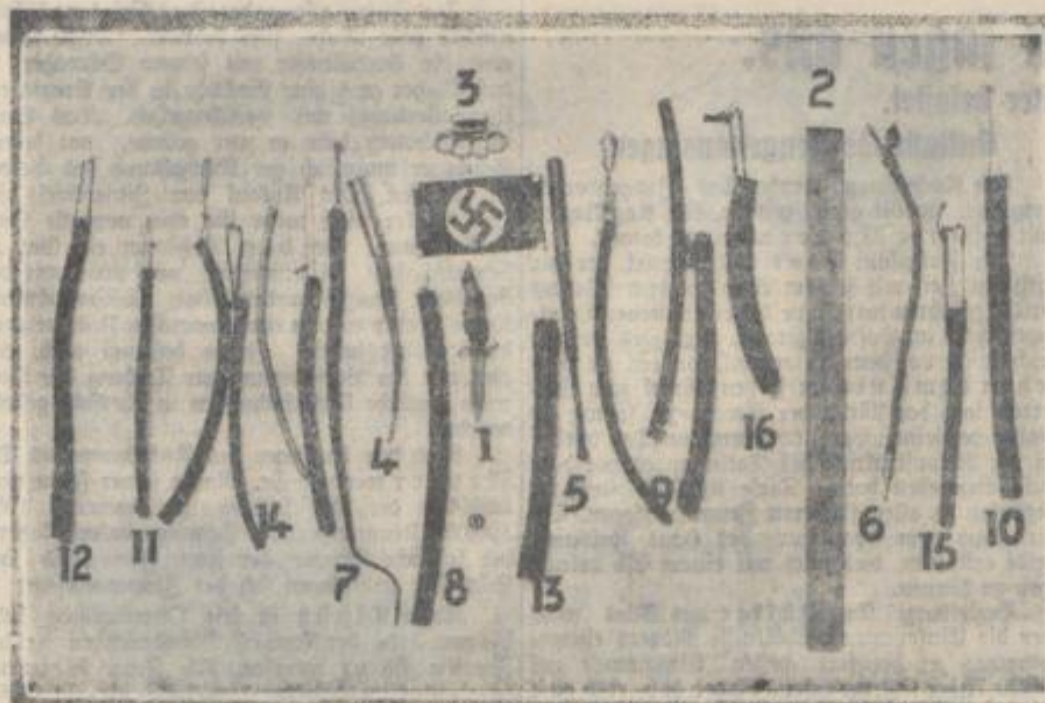
Mit Rücksicht auf das Andauern der wirtschaftlichen Depression wird die Regierung die entsprechenden Maßnahmen treffen, um für den Fall eines außerordentlichen Anstiehs der Arbeitslosigkeit, dem die Arbeitslosenunterstützung im bisherigen Rahmen nicht gerecht werden könnte, die notwendigen finanziellen Mittel zur Unterstützung der erwerbslosen Familien bereitstellen zu können. Das Finanzgesetz enthält nämlich den Antrag, den Finanzminister zu ermächtigen, für die Unterstützung der Arbeitslosen im Wege von Kreditoperationen einen Betrag bis zum Höchstmaß von 300 Millionen K aufzunehmen.

Schon die wenigen Angaben genügen, um darzutun, daß sich das Budget der bürgerlich-sozialistischen Regierung von dem der Bürgerblockregierung unterscheidet. An der Last der Berichtigung des Militärbudgets und der Erhöhung des Budgets der Schule und der sozialen Fürsorge mag mit dem Einfluß der Sozialisten im Kabinett erkennen.

Staatsangestelltengehälter werden nicht herabgesetzt.

Berichte der öffentlichen Angestellten, welche am 6. d. M., bei der interministeriellen Personalmission vorsprachen, erhielten die Auskunft, daß alle Nachrichten über eine Herabsetzung der Beamtengehälter der Wahrheit widersprechen, was sich auch bei der Beratung des Voranschlags erweisen wird.

Zur Kulturgeschichte der Dolantkrenzler.



Die oben abgebildete Kollektion diverser Werkzeugzeuge wurden einem Trupp Dolantkrenzler (Volksport) in der Nacht vom 26. zum 27. September 1931 bei einem Zusammenstoß mit unseren Genossen abgenommen. Es könnte nicht schaden, wenn die Staatsanwaltschaft der sportlichen Betätigung dieses „Volksport“ ihr Augenmerk zuwenden würde. Diese niedliche Kollektion, die sich um die Dolantkrenzler gruppieren und von der ein erheblicher Teil aus technischen Werkstätten gestohlen worden sein dürfte, stellen dar: 1. Dolch, 2. Jambatte mit herausstehenden Nägeln, 3. Schlagring, 4. und 5. Stahlruten, 6. starkes Stockfabel (sehr gefährlich), 7. aus Sobleleder genähte Hundepetische, 8., 9., 10. schwere Gummimantel, 11. starkes Drahtfabel in Gummihülse, 12. zweifaches mit Draht unwiderrlich starkes Fabel (sehr gefährlich), 13., 14., 16. diverse Gummimantel, vermutlich aus gestohlenem Material, 16. Gummimantel aus einem Autoreifen.

Die Industrie für das Naziprogramm.

Eine „Geheimkonferenz“ mit den Wirtschaftsführern.

Die Wirtschaftspolitik der Nazi-partei ist völlig privatkapitalistisch. Der maßgebende Theoretiker auf diesem Gebiet ist Gottfried Feder, der jede sozialistische Tendenz des Parteiprogramms von jeher abgelehnt hat. Ganz in seinem Sinne wird auch die wirtschaftspolitische Abteilung der Reichsleitung der Nazi-partei in München von einem Dr. h. c. Wagner geleitet. Er macht im kleinen nach, was auf Betreiben Feders der allerschärfste Führer schon seit Jahr und Tag bei den Industriekapitänen an Rhein, Ruhr und an der Moselle mit so großem Erfolg für die Parteikasse getan hat. Er hält Geheimkonferenzen mit Männern der Wirtschaft, zu denen auch die hohe Bürokratie der Verkehrsbetriebe des Reiches gezählt und eingeladen wird. Diese Veranstaltungen haben theoretisch nur einen Zweck, die Unternehmer und die Sündel ihrer Verbände davon zu überzeugen, daß die wirtschaftlichen Ziele der Nazi-partei vollkommen privatkapitalistisch sind und keine Spur sozialistischer Salz enthalten.

Die letzte dieser Geheimkonferenzen tagte am 30. September in Augsburg im Spiegelsaal des vornehmsten Palasthotels „Drei Morren“, zu der im Gegensatz zu der gleichen Veranstaltung im vorigen Jahre die vierfache Anzahl Vertreter des Augsburger Industrie und Handelskapitals erschienen war. Es waren insgesamt etwa 250 Leute, fastlich in schwarzer Kleidung. Die Besprechungen waren größtenteils begeistert von den ihnen vorgetragenen antisozialistischen Parolen und trampelten wiederholt schabhaften Beschlüssen. Kein Wunder, denn Dr. h. c. Wagner er-

klärte von vornherein, seine Partei stehe ganz auf dem Boden des Privateigentums und werde, einmal zur Macht gekommen, ein Parlament ohne politische Demokratie aus folgenden fünf Ständen schaffen: Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe und freie Berufe. Deutschland werde in etwa sieben Wirtschaftsbezirke mit eigenen Ständekammern eingeteilt. Die erste praktische Aufgabe dieser Kammer sei die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht. Das Wesen der Produktionspolitik werde sein, die Wirtschaft von allen ungesunden Lasten und Steuern zu befreien, also vor allem Beseitigung des Tarif- und Schlichtungswesens, des gesamten Fürsorgewesens, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Da der Rationalismus auf dem Prinzip der Leistung stehe, erkenne er wohl ein Existenzminimum, aber keine Gleichheitsstarke an. Die Arbeitnehmer müßten sich ihre Rücklagen selbst schaffen, wofür in den Betrieben und Produktionsstätten Zwangssparpläne für die Arbeiter eingeführt würden.

Da die Reichsleitung in Augsburg befürchten mußte, daß ihr Liebeswerben beim Großkapital doch nicht ganz geheim bleiben würde, machte das Dolantkrenzler selbst einen Bericht über die Veranstaltung, der allerdings die Ausführungen Wagners nur verkümmert wiedergab. Der vollen Wahrheit entspricht nur der letzte Satz des Berichtes: „Die Ausführungen Dr. Wagners fanden langanhaltenden Beifall.“

Der Finanzminister oder der von ihm bevollmächtigte Stellvertreter des Reiches, der die die hinsichtlich solcher Anträge, deren Beträge die der Reichsminister überschreiten, eine vom Reichsminister der Finanzen zu bestimmende prozentuale Minderung haben eintreten lassen.

Dieser harmlose Antrag, der wirklich nur eine Minderforderung darstellt, war bereits hinreichend, um die Scharfmacher und Generaldirektoren in Jora zu verlegen. Wo predigt die „Abeinlich-westfälische Zeitung“ dagegen:

„Es scheint das Schlagwort, von den hohen Gehältern jetzt auch in Reich zu wirken, die durch ihre Weltanschauung vor einer rein demagogischen vom Reich bestimmten Politik geschützt sein sollten. Der Christlichsozialer Volksdienst scheint sich nicht bewußt zu sein, daß er mit diesem Vorschlag eine rein bolschewistische Machtwort empfindet, und damit einen Weg betritt, der auch den Christlichen Volksdienst ins Verderben führt.“

Es ist also, schon Bolschewismus, wenn um der Gerechtigkeit nicht aus Arbeiterlöhne, sondern aus Generaldirektorenbezüge gekürzt werden sollen! Im übrigen weist das Scharfmachertum dem Christentum und dem Christlichsozialen Volksdienst den Platz an, den es auf Unternehmerratschlag einnehmen soll. Denn Christentum bedeutet nach Unternehmerratschlag Lohnföhrung für die Arbeiter, aber Behauptung der Generaldirektorengehälter, und der Christlichsozialer Volksdienst nach dem Herzen der Unternehmer soll darin bestehen, daß dem Volk gepredigt wird, daß solches die wahrschaf gerechte göttliche Weltordnung sei!

Parlamentseinberufung erfolgt.

Prag, 7. Oktober. Durch ein Handschreiben des Präsidenten der Republik wird die Frühjahrsession der beiden Kammern der Nationalversammlung mit dem heutigen Tage für beendet erklärt. Ein zweites Handschreiben beruft beide Kammern für den 14. Oktober zu ihrer ordentlichen Herbstsession nach Prag ein.

Landesdarlehen an deutsche Bezirke.

In der Sitzung des böhmischen Landesauschusses vom 7. d. wurden über Reihe von Bezirken Darlehen bewilligt, so dem Bezirk Braunau 2,9 Millionen, Kráman 1,2, Friedland 190.000, Franteman 2.320.000, Leitmeritz 1.500.000, Braunau für verschiedene Arbeiten 1.400.000, Teplice-Schöna 185.000, Saaz 1.400.000, Práslitz 1.900.000, Kapitz ein Rohmendarlehen für die Elektrifizierung von 9.690.000, Kráman ebenfalls für systematische Elektrifizierung 12.070.000. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der Landesvertretung werden der Voranschlag für das Jahr 1932 und die Errichtung eines Landesstrafensfonds sein. Einzelheiten hierüber sind im Bericht über die letzte Finanzkommissionsitzung mitgeteilt worden.

Das ist schon „Bolschewismus!“

Die Reichstagsopposition des Christlichsozialen Volksdienstes hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der allen öffentlichen Stellen unterliegen soll, Aufträge an Großbetriebe, an Verbände oder Parteien zu geben, die nicht dem Reichstags-

Pädagogische Woche Brünn.

2. bis 6. Jänner 1932.

In der Zeit vom 2. bis 6. Jänner 1932 veranstaltet die Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer im Gebäude der Brünnener deutschen Volkshochschule eine „Pädagogische Woche“. Das Programm enthält folgendes:

Samstag, den 2. Jänner:
8-12 Uhr vorm.: Univ.-Prof. Dr. Max Adler, Wien: Soziologie und Pädagogik.
2-6 Uhr nachm.: Beschäftigung von Schulanbauern
8 Uhr abends: Begrüßungsabend.

Sonntag, den 3. Jänner:
8-10 Uhr vorm.: Dozent Dr. E. Prihoda, Prag, Vorsitzender der Schulkonferenzkommission: Die geistigen Grundlagen unserer Schulkonferenz.
10-12 Uhr: Dr. Alois Náhberger, Trautman: Die neue Bürgerrechte.
2-4 Uhr nachm.: Die Schulkonferenz auf dem Lande.

Montag, den 4. Jänner:
8-12 Uhr vorm.: Dr. Felix Rany, Wien: Die gemeinsamen Erziehungsaufgaben der Völker.
2-4 Uhr nachm.: Dozent Dr. Jemut von Braden, Braunschweig: Pädagogik, die Grundlage der neuen Schule.

4-6 Uhr: Prof. Ernst Schweizer, Brünn: Lehrer und Jugendorganisationen.
8-10 Uhr: Elternabend: Redner: Dr. Felix Rany, Wien.

Dienstag, den 5. Jänner:
8 bis 11 Uhr vorm.: Univ.-Prof. Dr. Emanuel Rádl, Prag: Schule, Völkerverständigung und Frieden.

Nachmittags: Besuch von Schulanbauern oder Ausflug zur Koccha.
7-9 Uhr abends: Prof. Dr. Hugo Jilka, Brünn: Voraussetzungen und Ziele der Arbeiterbildung.

Mittwoch, den 6. Jänner:
8-12 Uhr vorm.: Oberstudiendirektor Dr. Fritz Karsen, Berlin: Deutsche Schulverhältnisse.

Die pädagogische Woche ist für alle Lehrpersonen ohne Unterschied zugänglich. Die Teilnehmergebühr beträgt 30 K. Für den nötigen Urlaub sorgen die Veranstalter. Zur Übernachtung steht eine Jugendherberge zur Verfügung. Nächtigung in der Herberge und Verpflegungskosten pro Tag rund 20 K. Billige gedeckte Hotelzimmer können auch bestellt werden. Das Besuch um 50prozentige Fahrpreisermäßigung wurde eingebracht.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt, deshalb ist baldige Anmeldung erforderlich. Die Anmeldefrist endet am 1. Dezember. Anmeldungen und Auskünfte bei Josef Duda, Auffa, Veltroßstraße 90.

Abriistungskonflikt in der Interparlamentarischen Union.

Der Kampf von Versailles.

Bukarest, 7. Oktober. (M.) In der gestrigen Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz ist in der Abriistungskonferenz zwischen der deutschen Delegation und den Delegationen der übrigen Länder ein tiefer Gegensatz getreten. Die deutsche Delegation gab eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Inhalt der von dem Rat der Interparlamentarischen Union angenommenen Resolution das Bestreben erkennen lasse, das Deutschland durch die Friedensverträge angezwungen ungleiche Stellung in der Frage der Abrüstung für ewige Zeiten aufrechtzuerhalten. Deutschland lehne daher diese Resolution ab, da sie nicht als gereignet und förderliche Grundlage für eine Diskussion ansehe.

Im Namen der französischen Delegation antwortete Merlin, daß der deutsche Abänderungsantrag, der die Behauptung aufstellt, daß die Abrüstung auf der Grundlage absoluter Gleichheit aller Staaten durchgeführt werden solle, unverändert mit dem Inhalt und dem Geiste des Artikels 8 des Völkervertrages sei, demzufolge die Abrüstungsbeschränkung in entsprechendem Verhältnis zur Sicherheit eines jeden Landes durchgeführt werden solle.

Der zweite französische Delegierte Grambach verteidigte die gleiche These und erklärte, eine Gleichheit der Abrüstungen sei heute unmöglich, werde aber vielleicht schon morgen möglich sein. Er beantragte die Rückverweisung der Resolution an den Interparlamentarischen Rat zur neuerlichen Erwägung.

Der rumänische Delegierte Pella brachte die gleichen Gedanken zum Ausdruck.

Carlton Wiaz (Belgien) betonte, daß die Abrüstungskonferenz keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten machen werde, daß jedoch die geographische Lage ganz sicher Abrüstungen in verschiedenem Umfang notwendig mache.

Nachmittags trat der Rat zu einer Diskussion zusammen und beschloß, eine Resolution zu beantragen, die alle Delegationen an die Pflicht erinnert, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß die Internationale Abrüstungskonferenz mit einer Kontention über eine große Beschränkung der derzeitigen Abrüstungen und mit der allgemeinen Verpflichtung schließe, daß keine Abrüstungen mehr stattfinden.

Prozess Mayer:

Die Gendarmen sagen aus.

Dr. Mayer weiter belastet.

Eger, 7. Oktober. Oberwachmeister Sagner, der Vorkommandant von Tschernoschin, legte heute seine Aussage fort und zeigte, daß die Wege des Dr. Mayer kurz nach der Tat zeitlich möglich waren, und bestätigte, daß Dr. Mayer in Gegenwart des Gendarmerteilnehmers Bielek noch in der gleichen Nacht auslagte, er sei an dem Auto gestanden und habe aus dem vorbeifahrenden Auto (Haas) gewünscht, um es anzuhalten. Oberwachmeister Sedlitz von Tschernoschin war mit dem Oberwachmeister Sagner und Dr. Wolf um 20.30 Uhr am Tatort, sperrte ihn ab, holte dann mit einem Auto Gendarmen aus Plan, denen er schon sagte, es handle sich wohl um ein Familien-drama und er glaube nicht an einen Mordfall, da keine Spuren in der Umgebung des Tatortes auf einen solchen schließen lassen. Nach seiner Rückkehr aus Plan hörte er dann von den Zuschauern am Tatort, daß sich der Verdacht, die Tat begangen zu haben, gegen Dr. Mayer richte. Dann revidierte er Tschernoschin nach dem unbekanntem Mann, der den Mordfall vollbracht haben sollte, ohne Ergebnis. Dr. Mayer wurde sofort von zwei Gendarmen in seiner Wohnung bewacht. Gendarmerteilnehmer Bielek von der Jagdabteilung in Eger kam gegen 3 Uhr früh mit dem Wachmeister Kaska am Tatort an. Sie hatten schlechtes, verzögerndes Wetter während der Fahrt. Nach den ersten Feststellungen fuhr sie sofort zu Dr. Mayer, der lag auf einem Sofa und rauchte Zigaretten. Zunächst erzählte er wieder das Märchen vom Mordfall. Ueber eine Stunde verhörten ihn die Gendarmen, wobei er sich schon in widersprechende Aussagen verwickelte. Er gab immer ruhige Antworten, doch wurde er sofort nervös, klagte über Kopfschmerzen und sagte, er könne sich nicht an Einzelheiten erinnern, wenn er in die Enge getrieben wurde. Dann wendeten sie Dr. Wolf und die Eltern der toten Frau. Im ersten Augenblick soll der alte Richter gesagt haben: „Wissen Sie, ich habe immer gedacht, daß er so was vor hat.“ Seine Frau hat ihn aber gleich beschwichtigt, so daß er nicht mehr sagte. Man fuhr zurück auf den Tatort. Die Pistole sollte gesucht werden. Es wurde Tag. Die erste Hüfte wurde gefunden. Der Tatort wurde aufgenommen. Im Auto wurde nichts Verdächtiges konstatiert, kein Schuß, kein Kratzer, dann kam die Gerichtskommission. Die scharfe Patrone wurde gefunden. Der Gendarm Wierz brachte den Browning, den er unter der Brille im Ammelbach gefunden hatte. Die zweite Hüfte wurde gefunden, auch der Handkub der Frau. Am nächsten Tag kratzten die Gendarmen das deformierte Geschloß in der Nähe des rechten Autoreifens heraus. Es steckte zwei bis zweieinhalb Zentimeter in der Eisdecke der Straße. Gendarmerteilnehmer Bielek bestätigte auch, daß Dr. Mayer bei dem Verhör um 4 Uhr früh in seiner Wohnung am 29. sagte, daß ein Personauto an ihm vorbeifahren, als er neben dem Auto stand. Er wollte es anhalten, es fuhr aber weiter. (Das Auto soll er erst nach seiner Rückkehr von Meißa gesehen haben.) Der Angeklagte betreitelte, damals bei dem Auto gestanden zu haben. Der Vorsitzende hält ihm vor, er möge doch dies oder jenes nicht immer erst zugehen, wenn er vollkommen überwiesen sei. Der Angeklagte: „Es ist alles durcheinandergedrückt worden, ich sage immer nur ein und dasselbe.“

Der Oberwachmeister Vit aus Plan hält sich an seine früheren Angaben, er habe mit dem Gendarmen Wierz den Browning aus dem Ammelbach gezogen. Der Zeuge Haas aus Benatitz bestätigt, daß er am 28. abends, etwa um 8 Uhr, von Plan gegen Tschernoschin gefahren sei und im Rechte seiner Scheinwerfer einen LKW auf der Straße stehen sah, vor dem, mit dem Kopf in der Richtung des rechten Vorderendes, eine Frau lag; links beim Motor in der Fahrtrichtung sei ein Mann gestanden. Er glaubte, es handle sich um einen Autodiebstahl und fuhr weiter. Wennsich habe niemand. Später wollte ihn ein Mann mit einem Gewehr in der Nähe des Gasthofes Gabriel aufhalten (dies war Meißa). Er sei jedoch weiter gefahren, weil ihm die Tote nicht ganz geheuer vorkam. Ebenso sagte auch der Chauffeur aus. — Der alte Richter wurde aufgerufen. Nach der Frage des Vorsitzenden, ob er sich der Zeugenaussage gegen Dr. Mayer enthalten wolle, sagte er: „Bezeichnen kann ich mich nicht, ich wünsche ihm aber nichts Schlechtes und sagen will ich nichts.“ Nachmittags werden weitere Zeugen aus der Umgebung von Tschernoschin einvernommen werden. Die Verhandlung dürfte wieder bis in die Nacht dauern. Die Schwurgerichtsverhandlung am Freitag fällt aus. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen über Dr. Mayer bis Samstag hinausgezogen werden.

Vorsitzender und Angeklagter.

Eger, 6. Oktober. Die heutige Verhandlung im Mordprozeß brachte u. a. die Einvernahme einiger Gendarmen, die übereinstimmend aussagten, daß in der kritischen Nacht am Auto Dr. Mayers der Fabrikant Haas vorbeigefahren sei, ohne daß Dr. Mayer Zeichen zum Halten gemacht hätte. Da der Angeklagte auf seinen Behauptungen beharrte, erklärte der Vorsitzende wörtlich: „Ich gebe die Liebesbemühungen um Sie auf, Sie sind ein unzugänglicher Mensch, auch wenn man Ihnen Hilfe bringen will. Sehen Sie sich nieder.“

Entlastende Zeugenaussagen.

Am Nachmittag wurde das Zeugenverhör fortgesetzt, wobei auch gewisse, den Angeklagten entlastende Momente zutage kamen. Der Fabrikant Haas aus Benatitz, der zur kritischen Zeit mit seinem Auto an dem Mayers vorbeigefahren war, sagte bei einem neuen Verhörsanlaß im Hof des Kreisgerichts aus, daß die Leiche nicht vor dem Automobils, sondern neben dem Auto im spitzen Winkel zum Borderrad lag, der Mitte der Straße zu, so wie es Mayer bei seiner Verantwortung am Tag vorher bei der Rekonstruktion des Tatbestandes vor dem Auto angegeben hatte. Diese Aussage steht im Gegensatz zu allen früheren Zeugenaussagen. Sie wird auch vom Chauffeur des Haas bestätigt. Beide erklärten, dies auch mit einem Eid bekräftigen zu können.

Bezirksarzt Dr. Müller aus Mies wird über die Einkommensverhältnisse Mayers einvernommen; er beziffert dessen Einkommen auf 80.000 K im letzten Jahr. Mayer habe eine gute Praxis gehabt. Er kenne ihn seit 1919 als ruhigen Mann; nur manchmal sei er etwas cholertisch. Vor dem Eintritt der Streitigkeiten mit der Familie Ritter sei die Ehe glücklich gewesen. Er bestätigt auch, daß er von Mayer wegen der Regelförderung und den damit verbundenen außerordentlichen Reizuständen der Frau Mayer um Rat gefragt wurde. Die Frau, mit der der Zeuge allerdings nur kurz befaßt war, bezeichnete er als ruhig. Sie wäre nie besonders aufgeregt gewesen, doch hätte sie manchmal wegen des Geldes, das ihr Bruder ihr schuldet, gesprochen. Auf die Frage, ob er der Frau einen Schutz gegen ihren Mann zugesagt hätte, antwortet er: Bei Frauen sei dies schwer zu sagen

Tagesneuigkeiten

Unsaubere Machinationen des Rates Dr. Robert Bojar der politischen Bezirksbehörde, Mies.

Unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet.

In der am 2. Oktober von der Bezirksfinanzkommission des politischen Bezirkes Mies durchgeführten Revision verlangte Genosse Schwantner aus Mies Aufklärung über die Verwendung eines Darlehens, das der ehemalige politische Bezirk Staab bei der städtischen Sparkassa in Pöstle in der Höhe von 1,5 Millionen Kronen aufgenommen hatte. Die Verwaltungsbeamtin konnte keine erschöpfende Auskunft geben, weshalb die Revisionskommission sofort nach Pöstle fuhr und von der Sparkassa einen Buchungsausgang einholte. An Hand dieses Kontostausgangs wurde dann die Revision fortgesetzt und dabei festgestellt, daß in dem Kassabuche des ehemaligen Bezirkes Staab ab 15. Jänner bis Ende Dezember 1928

ein Betrag von 829.954,17 Kronen unter dem sofort auffälligen Titel „Zur Deckung des Vorauszuges“ ohne jeden Beleg gebucht

war. Diese buchmäßigen Zusammenhänge verstärkten den Verdacht einer Unterschlagung. Es wurde veranlaßt, daß der zuständige Rat Dr. Robert Bojar seinen Urlaub unterbricht, um die Buchungen anzusehen.

In der Beratung der Bezirksfinanzkommission am Montag, den 3. Oktober wurde dann beschlossen, die Angelegenheit dem Präsidium der Landesbehörde abzutreten, was der Bezirkspräsident nach am gleichen Tage telephonisch durchführte. Das Präsidium der Landesbehörde hat daraufhin für Dienstag eine Verhandlung anberaumt, und es wurde auch Bojar zur Teilnahme aufgefordert.

Dieser erschien jedoch nicht. Aus Staab, wo Bojar seinen Wohnsitz hat, wurde vielmehr gemeldet, daß er einen Selbstmordversuch verübt habe. Das traf jedoch nicht zu, sondern er simuliert dies nur und als die Gendarmen ihn am Schmalzberg suchten, bedrohte er sie aus einem Gestrüpp hervor mit einem Revolver.

Mittlerweile wurde aber seine Verhaftung verfügt und Bojar dem Kreisgericht in Bissen eingeliefert.

Geheimnisvolle Brandstiftungen in Haid bei Tachau.

Innerhalb fünf Wochen drei Miesbrände. — Sonntag wieder fünfzehn Objekte verbrannt. Angstschloße der Bevölkerung.

Der „Egerer Zeitung“ wird über das furchtbare Treiben eines Pyromanen berichtet, der die Gemeinde Haid bei Tachau heimsucht. Seit 29. August d. J. haben drei Miesbrände 37 Objekte in Flammen angehen lassen.

Am 29. August legte ein Großfeuer zwanzig Scheunen mit allem Inhalt, der wertvollen Ernte und den Maschinen in Schutz und Asche. Am 23. September standen wieder zwei Scheunen in Flammen und wurden auch vernichtet. kaum eine Stunde später brach gerade gegenüber der Brandstätte neuerlich ein Feuer aus, und da die Rettungsmannschaften parat waren, gelang es damals, diesen letzten Brand zu löschen und das

Objekt zu retten. Dabei machte man die furchtbare Entdeckung, daß der Brand gelegt war, so daß die Annahme gerechtfertigt ist, daß auch alle früheren Scheunenbrände in Haid gelegt waren.

Die Niederlassung des Dr. Wolf in Tschernoschin habe Mayer sehr bedrückt. Dazu kamen noch die Verhältnisse mit seinem Schwager, so daß Mayer auch eine Entbäse in der Praxis erlitt, allerdings nur vorübergehend. Das Haus in Aufschowitz habe er nur gebaut, um seinen Schwager moralisch zur Rückzahlung des Geldes zu zwingen. Den Ankauf von Jinsendorf hält Dr. Müller nicht mehr für eine normale Sinesäußerung. Bei dem Postum ein Gut zu bewirtschaften, sei unmöglich, und zwar mit der ärztlichen Praxis unvereinbar. Diesen Ankauf könne Mayer nur in einer nervösen Ueberreizung durchgeführt haben. Zeuge bestätigt auch, daß ihm von der Versicherung zur Deckung der Prämien ärztliche Untersuchungen in Aussicht gestellt wurden.

Nach den Aussagen des Rechtsanwaltes Dr. Mauer wendete Dr. Mayer seiner Frau noch die Absicht der Versicherung im Dezember 1930 100.000 Kronen zu. Der Schwagerwider Mayers, der seltsame Bruder der toten Frau und ihre Schwester entschlagen sich der Zeugenaussage.

Wiele Klusly ist seit Dienstagabend 1930 bis zum Tode der Frau als Dienstmädchen in der Familie Mayer gewesen. Die Frau sei immer sehr gutmütig gewesen und habe nie ein böses Wort gesagt. Aber auch der Herr sei immer gut zu ihr gewesen. Nur einmal habe der große Hund gebissen, daß Dr. Mayer keine Frau geschlagen habe. Es sei in der Familie nichts vorgekommen, was nicht auch in den meisten anderen Familien vorkomme. Allerdings soll Frau Mayer geklagt haben, sie werde sich aufhängen, denn sie habe das Leben satt wegen ihres Mannes und wegen des Geldes. Es stellt sich ferner heraus, daß die frühere Behauptung des Dienstmädchens, daß die Frau mit der Schusswaffe nicht habe umgehen können, auf einem Irrtum beruhe.

Das Zeugenverhör wird morgen fortgesetzt werden.

Die elf Scheunen und zwei Wohnhäuser waren in dem Flammenmeer noch nicht vollständig aufgegangen, als etwa einmündig Stunden nach dem ersten Feueralarm hundert Schritte von der Brandstätte entfernt noch aus zwei Scheunen Flammen emporstiegen. Die konzentrierte Aufmerksamkeit der Feuerwehren und der Bevölkerung auf die erste Brandstätte muß der bisher unbekannte Brandstifter dazu bemüht haben, an zweiter Stelle sein verbrecherisches Tun zu wiederholen. Auch diese letzten zwei Scheunen wurden vernichtet, so daß dreizehn Scheunen und die zwei Wohnhäuser die traurige Bilanz des Sonntag bilden. Das Brandstiftungen vorliegen, ist sicher, niemand wagt aber, auch nur einen Verdacht laut werden zu lassen. Es liegt wie eine Angstschloße über der ganzen Bevölkerung und schreit sie ab, den Namen des Terroristen laut werden zu lassen. Die Stadtgemeinde hat die ganzen letzten Wochen hindurch einen verstärkten Sicherheitsdienst eingerichtet, Feuerwehren patrouillierten ständig durch den Ort, Gendarmen und Polizei beteiligten sich an den Vorsichtsmaßnahmen, eine Prämie von 10.000 K ist ausgesetzt für Angaben, die zur Erwitterung der Täter führen könnten, und trotzdem reißt sich Verbrechen an Verbrechen.

Die elf Scheunen und zwei Wohnhäuser waren in dem Flammenmeer noch nicht vollständig aufgegangen, als etwa einmündig Stunden nach dem ersten Feueralarm hundert Schritte von der Brandstätte entfernt noch aus zwei Scheunen Flammen emporstiegen. Die konzentrierte Aufmerksamkeit der Feuerwehren und der Bevölkerung auf die erste Brandstätte muß der bisher unbekannte Brandstifter dazu bemüht haben, an zweiter Stelle sein verbrecherisches Tun zu wiederholen. Auch diese letzten zwei Scheunen wurden vernichtet, so daß dreizehn Scheunen und die zwei Wohnhäuser die traurige Bilanz des Sonntag bilden. Das Brandstiftungen vorliegen, ist sicher, niemand wagt aber, auch nur einen Verdacht laut werden zu lassen. Es liegt wie eine Angstschloße über der ganzen Bevölkerung und schreit sie ab, den Namen des Terroristen laut werden zu lassen. Die Stadtgemeinde hat die ganzen letzten Wochen hindurch einen verstärkten Sicherheitsdienst eingerichtet, Feuerwehren patrouillierten ständig durch den Ort, Gendarmen und Polizei beteiligten sich an den Vorsichtsmaßnahmen, eine Prämie von 10.000 K ist ausgesetzt für Angaben, die zur Erwitterung der Täter führen könnten, und trotzdem reißt sich Verbrechen an Verbrechen.

Die elf Scheunen und zwei Wohnhäuser waren in dem Flammenmeer noch nicht vollständig aufgegangen, als etwa einmündig Stunden nach dem ersten Feueralarm hundert Schritte von der Brandstätte entfernt noch aus zwei Scheunen Flammen emporstiegen. Die konzentrierte Aufmerksamkeit der Feuerwehren und der Bevölkerung auf die erste Brandstätte muß der bisher unbekannte Brandstifter dazu bemüht haben, an zweiter Stelle sein verbrecherisches Tun zu wiederholen. Auch diese letzten zwei Scheunen wurden vernichtet, so daß dreizehn Scheunen und die zwei Wohnhäuser die traurige Bilanz des Sonntag bilden. Das Brandstiftungen vorliegen, ist sicher, niemand wagt aber, auch nur einen Verdacht laut werden zu lassen. Es liegt wie eine Angstschloße über der ganzen Bevölkerung und schreit sie ab, den Namen des Terroristen laut werden zu lassen. Die Stadtgemeinde hat die ganzen letzten Wochen hindurch einen verstärkten Sicherheitsdienst eingerichtet, Feuerwehren patrouillierten ständig durch den Ort, Gendarmen und Polizei beteiligten sich an den Vorsichtsmaßnahmen, eine Prämie von 10.000 K ist ausgesetzt für Angaben, die zur Erwitterung der Täter führen könnten, und trotzdem reißt sich Verbrechen an Verbrechen.

Die elf Scheunen und zwei Wohnhäuser waren in dem Flammenmeer noch nicht vollständig aufgegangen, als etwa einmündig Stunden nach dem ersten Feueralarm hundert Schritte von der Brandstätte entfernt noch aus zwei Scheunen Flammen emporstiegen. Die konzentrierte Aufmerksamkeit der Feuerwehren und der Bevölkerung auf die erste Brandstätte muß der bisher unbekannte Brandstifter dazu bemüht haben, an zweiter Stelle sein verbrecherisches Tun zu wiederholen. Auch diese letzten zwei Scheunen wurden vernichtet, so daß dreizehn Scheunen und die zwei Wohnhäuser die traurige Bilanz des Sonntag bilden. Das Brandstiftungen vorliegen, ist sicher, niemand wagt aber, auch nur einen Verdacht laut werden zu lassen. Es liegt wie eine Angstschloße über der ganzen Bevölkerung und schreit sie ab, den Namen des Terroristen laut werden zu lassen. Die Stadtgemeinde hat die ganzen letzten Wochen hindurch einen verstärkten Sicherheitsdienst eingerichtet, Feuerwehren patrouillierten ständig durch den Ort, Gendarmen und Polizei beteiligten sich an den Vorsichtsmaßnahmen, eine Prämie von 10.000 K ist ausgesetzt für Angaben, die zur Erwitterung der Täter führen könnten, und trotzdem reißt sich Verbrechen an Verbrechen.

Personenzug zertrümmert ein Auto — und entgleist dabei selbst.

Eger, 7. Oktober. Heute früh hat sich an der Bahnstrecke bei Chiesch ein schweres Unglück ereignet. Gegen 6 Uhr früh fuhr der Fleischhauermeister Franz Scherbaum aus Chiesch mit seinem Lastauto vom prächtigen Schloß Beim Hebergqueren der Eisenbahnlinie Bladen-Luditz wurde der Wagen von dem Personenzug 3703 erfasst und fast vollständig zertrümmert. Der Fleischhauermeister, der selbst lenkte, wurde sehr schwer verletzt, sein Mitfahrer Keil verunglückte tödlich. Der Personenzug entgleiste.

Rudolf Goldscheid gestorben. Einer der prächtigsten Menschen des geistigen Wien, Rudolf Goldscheid, ist Dienstag, den 6. Oktober in Wien gestorben. Goldscheid war ein originaler Denker, der sich in seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit immer mehr dem Sozialismus genähert hat. Sein bedeutendstes Werk, das vor dem Kriege erschien, handelt über Menschenökonomie. Ihm gebührt das Verdienst eingehend und unanfechtbar dargelegt zu haben, welchen Wert die menschliche

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen.

Freitag.
 Prag: 12.15: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 17.05: Streichquartett. 18.25: Deutsche Sendung: Gertrud Frank: Ein Wort an Eltern und Erzieher: Wie schützen wir unsere Kinder vor Gefahren des Lebens. 19.20: Heitere Stunde. 20.25: Erfurter Knabenchor. 21: Orchesterkonzert. — Brünn: 17.05: Kammermusik. 18.25: Deutsche Sendung: Wajstles: Londoner Verkehrswesen und Radfahrerswertes vom Tage. — Berlin: 19.30: Haydn-Sinfonie „La Reine“. — Hamburg: 16.30: Sphärenmusik. 20: Französische Händelkonzert. 22.10: Kofolo-Mozart. — Leipzig: 20: Volkstümliches Sinfoniekonzert. — Wien: 16.10: Stunde der Frau.

Radio für Kinder. Das Radiojournal Prag eröffnet eine neue Sendefolge, die für die Kinder bestimmt ist, und zwar unter dem Titel „Böckle hubebni tácky“ (Kindermusiknachmittage). Hier sollen die Kinder (leider vorerst nur die tschechischen Kinder, d. Red.) in amüsanten Weise zum Musikverständnis geführt werden. Der bekannte Hochmann auf dem Gebiete der musikalischen Erziehung Josef Krieka, veranstaltet diese Sendungen. Die erste Sendung findet bereits am Donnerstag, den 8. Oktober, um 17 Uhr 35 bis 18 Uhr statt.

Arbeitskraft und ihre Erhaltung für die menschliche Wirtschaft hat. Durch diese Betrachtungen ist er schließlich Sozialist geworden, weil so der Sozialismus den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt und die Interessen des arbeitenden Menschen vertritt. Nach dem Kriege hat er sich insbesondere mit staatsfinanziellen Problemen befaßt, wobei er wieder das Prinzip der Menschenökonomie anwandte. Dabei war Goldscheid ein glühender Pazifist, Chairman der Wiener Friedensgesellschaft und ein tätiges Mitglied der Union der Völkerbündler. Goldscheid hat ein Alter von 61 Jahren erreicht.

Eine Gedenktafel am Geburtshause Siegmund Freud in Freiberg. Sonntag, den 25. Oktober l. J. wird um 10 Uhr vormittags in feierlicher Weise am Geburtshause des Begründers der Psychoanalyse, des hervorragenden Arztes Professor Dr. Siegmund Freud, der erst unlängst in Wien seinen 75. Geburtstag feiern konnte, in Freiberg in Mähren, Jämeckisch ul. Nr. 17, eine Gedenktafel enthüllt werden. Professor Dr. Siegmund Freud wird auf diesem Wege durch seine Geburtsstadt der Dank für all das ausgesprochen, was er für die Wissenschaft und den Fortschritt der Menschheit getan hat. Die wissenschaftliche Tätigkeit des Begründers der psychoanalytischen Schule wird in einem Sammelwerk zusammengefaßt werden, für welches zahlreiche hervorragende Fachleute Beiträge zugesagt haben. An der Feier in Freiberg werden die Freunde und Schüler Professor Freuds aus Deutschland und Österreich teilnehmen. Sämtliche Informationen erteilt der Direktor der Bezirkskrankenkasse in Freiberg, Dr. Deuss, an den auch literarische Beiträge für das Sammelwerk zu richten sind. Die bei der Feier gehaltenen Ansprachen erfolgen in tschechischer, deutscher, und englischer Sprache. Die Gedenktafel ist ein Werk des akademischen Bildhauers Jurán aus Freiberg, der persönlich in Wien Professor Dr. Siegmund Freud portraitiert hat.

Ueberreste des Bremen-Flugzeuges gefunden? Nach einer Meldung der Associated Press aus Halifax wurden in der Nähe von Teampope (New-Schottland) Teile eines Flugzeuges auf dem Wasser gefunden. Man nimmt an, daß es sich um Teile des vermissten Post-Flugzeuges der „Bremen“ handelt. Die Flugzeugteile wurden zur Identifizierung nach Teampope gebracht. — 30 Meilen von Sidney bei Cap Breton Island wurde ein noch halb aus dem Wasser ragender Benzintank aufgefunden, der aller Wahrscheinlichkeit nach zu dem verunglückten Flugzeug gehört.

Himalaja-Expedition gescheitert. Die deutsche Himalaja-Expedition mußte ihren Vormarsch auf den 8580 Meter hohen Gipfel des Kanangtschöngö in 7925 Meter Höhe abbrechen. An einer unerwartet schwierigen Stelle versperrte eine 150 Meter hohe Steinwand, die zu umgehen unmöglich war, den Weiterweg. Damit ist die deutsche Himalaja-Expedition, deren Leiter Paul Bauer im Hinblick auf die weit vorgeschrittene Jahreszeit wahrscheinlich jetzt die Rückreise nach Deutschland anordnen wird, zum zweiten Mal gescheitert. Im Jahre 1929 hatte die Bauer-Expedition beim Versuch der Erstbesteigung des Kanangtschöngö die Höhe von 7000 Meter erreicht, mußte aber kehrt machen, da sie sonst durch Schneestürme vernichtet worden wäre. Auch bei der diesjährigen Expedition, bei der durch Unterstützung der Techniker Hermann Schaller aus München und ein eingeborener Träger den Tod fanden, hatte man sehr unter Schneestürmen zu leiden.

Neuer Eisenbahnanschlag! In Obeghelli an der serbisch-griechischen Grenze wurde eine Viertelstunde vor der Durchfahrt des Simplon-Express eine zwischen den Schienen angebrachte Pölmachine entdeckt. In der Nähe, und zwar auf serbischem Gebiet, sind ferner von unbekanntem Tätern 25 Bomben zur Explosion gebracht worden, wobei zwei Serben getötet wurden. Auch in einer Kaserne in Obeghelli kam ein Soldat durch Bombenexplosion ums Leben. Es wird angenommen, daß die Attentate, durch die die Bevölkerung Obeghellis in große Erregung versetzt und zum Teil zur Flucht aus der Stadt veranlaßt wurde, von Royalisten ausgehen.

PRAGER ZEITUNG.

Herr Lustig auf dem Kriegspfade.

Die D.A.W. verlegt den politischen Kampf in die Elternvereinigungen.

Dieser Tage fand die Elternversammlung des Prager Ziefangsgymnasiums statt, in der ein Mitglied des Lehrkörpers einen Vortrag über die Zusammenhänge von Eltern und Schule bei der Erziehung der Kinder sprach und woran sich eine Debatte knüpfte, in der auch ein sozialdemokratischer Funktionär das Wort ergriff. Raum hatte sich dieser enifern, trat der bekannte Herr Z u s i g von der Arbeit- und Wirtschaftsgemeinschaft auf den Plan und polemisierte in der rüdeften Weise gegen die Sozialdemokratie, indem er erklärte, der „Schulkampf“ (das Blatt der sozialistischen Mittelschüler) könne nur deswegen erscheinen, weil ihn die „roten Bonzen“ unterstützen. Es ist bedauerlich, daß der Vorsitzende der Versammlung es duldet, daß die Debatte auf ein solches Niveau heruntergezogen wurde und daß er Herrn Lustig nicht den ihm gebührenden Ordnungsruf erteilt. Wenn Herr Lustig den politischen Kampf in die Elternvereinigungen verlegen will, dann wird er auch dort die richtige sozialdemokratische Antwort finden. Für unsere Genossen und Genossinnen, deren Kinder Schulen besuchen, soll dies ein Fingerzeig sein, die Elternversammlungen zu besuchen und dort allen Versuchen des Prager deutschen Bürgertums, die Schulleitungen in reaktionärem Sinne zu beeinflussen, entgegenzutreten. Herrn Lustig aber werden wir, dessen kann er sicher sein, künftig mehr auf die Finger schauen.

Wohnungsbauteil in Prag.

Eine Aktion der Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratische Primator-Stellvertreter von Prag, Genosse K e l l n e r, hat einen Antrag ausgearbeitet, der den Bau billiger und gesunder Wohnungen für die ärmeren Volksschichten Prags zum Zwecke hat. Durch die Verwirklichung dieses Antrages soll nicht nur die Wohnungsnot in Prag gemindert, sondern auch zur Hebung des Gesundheitsstandes der Prager Bevölkerung beigetragen werden. In der letzten Zeit hat sich nämlich der Gesundheitszustand der Prager Bevölkerung verschlechtert, so beträgt auf der Kleinfeste, wo viele ärmere Leute wohnen, die Tuberkulosesterblichkeit 18 Promille, während sie vor 10 Jahren nur 10 Promille betrug.

Bei dem Antrag der Sozialdemokraten handelt es sich um einige hundert Wohnungen, welche auf dem P a n t a z errichtet werden sollen. Die Prager Gemeinde gibt nach dem Antrag, der am Montag in der Stadtverwaltung angenommen wurde, dem Kuratorium für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse teilweise ein Baurecht, welches einen Baugrund von 7285 Quadratfußern umfaßt. So wird es möglich sein, schon in nächster Zeit einige Häuserblocks zu errichten, in welchen die Miete ein Drittel bis die Hälfte des normal in Prag zu zahlenden Mietzinses in neuen Häusern beträgt. Die Verwirklichung des Antrages ist nur der Anfang einer großzügigen Aktion, im Verlaufe welcher man einige Tausende Wohnungen zu erbauen hofft.

Die Initiative der tschechischen Sozialdemokratie auf dem sozial so ungeheuer wichtigen Gebiet der Wohnungsbauteil ist lebhaft zu begrüßen.

Die Sicherheitsverhältnisse in Prag.

Neulich passierte es einem in Lieben wohnenden und um etwa halb 11 Uhr nachts heimkehrenden Beamten, daß er auf dem J u b a l i d e n p l a z einige gewaltige Ohrfeigen bekam und vor Schlimmerem nur deshalb bewahrt blieb, weil ganz zufällig eine Gruppe junger Leute, die gleichfalls aus der inneren Stadt zu Fuß heimkehrte, des Weges kam, woraus sich die Komidies jurisdizogen. Von dem Fall wurde keine Anzeige erstattet (ein Polizist war nirgends zu sehen), weil der betreffende Staatsbürger keine Lust hatte, vollkommen nutzlos zahllose Besuche bei den Sicherheitsbehörden zu absolvieren, Zeit zu verlieren und die üblichen mit einer Amtshandlung untrennbar verbundenen Annehmlichkeiten auf sich zu nehmen.

Der Fall ist nicht vereinzelt. Jeder Bewohner der äußeren Stadtteile weiß, wie mangelhaft der Sicherheitsdienst draußen an der Peripherie organisiert ist. Den Polizisten selbst kann man kaum einen Vorwurf machen. Ihre Zahl ist an sich ungenügend und daß die Detektivs, die die regelmäßigen Streifungen unternehmen, nicht überall zugleich sein können, wird jeder billig Denkende begreiflich finden. Wie rechtsfertig sich aber die Tatsache, daß die i n n e r e S t a d t v o n Polizisten geradezu über überwacht wird, während die äußeren Stadtteile des notwendigen Schutzes entbehren? Ist denn die innere Stadt von Bösewichtern besonders bedroht? Die Praxis lehrt, daß im Gegenteil die Außenbezirke ein Dorado für die Prager Apachen bilden. Warum also die Polizeilüberwachung im inneren Prag und der empfindliche Mangel der Sicherheitsorgane in den Vorstädten?

Wer sich die Mühe nimmt, die Tätigkeit der Polizeiorgane in dieser Hinsicht näher anzusehen, merkt zu seinem Staunen, daß sich deren emsige Tätigkeit im Stadtzentrum darauf konzentriert — O b d a c h l o s e zu stellen. Zahlreiche Patronen —

kontrollieren den Stadtpart, wo viele der arbeitslosen Menschen, die kein Obdach haben, unter freiem Himmel schlafen. Einem gewiegten Verbrecher fällt es natürlich nicht ein, sich da niederzulassen. Von den Parkbänken, aus den Haustürnischen, von den Bahnhofsportalen, wo diese Unglücklichen, von Kälte geschüttelt, die Nacht verbringen, macht man sie „dingfest“ und zerrt sie auf die Wochstube, wo sie ohnedies zu 80 Prozent entlassen werden müssen, weil schon längst alle Kerker der Tschechoslowakischen Republik zu der Überbergung der nach dem Vagabundengesetz Sachfälligen nicht mehr ausreichen würden.

Und währenddessen herrschen an der Peripherie eben wegen des in dieser Praxis begründeten Personalmangels Sicherheitsverhältnisse, die der Hauptstadt der Republik sicher keine Ehre machen.

Die Zahl der Einlieferungen in Prag erreicht bereits die Zahl der Beerdigungen. Im September d. J. wurden 167 Personen durch Feuer bestattet und 168 Personen beerdigt. Es scheint, daß die katolische Verführung der Feuerbestattung wirkungslos bleibt, denn der Großteil der Eingekerkerten sind — Katholiken.

Jung der Bettler nach Prag. Die Polizeibehörden bemerken einen ganz ungewöhnlichen Zustrom auswärtiger Bettler und Vagabunden nach Prag und bereiten sich auf eine gründliche Aktion vor. Es heißt, daß die Zahl der öffentlichen Bettler mehr als 3000 beträgt. Ein Teil von ihnen gehört zweifellos dem Berufsbestimmertum an, das gerade in Prag seinen Mann nährt. Aber ein großer Teil sind einfach Opfer des Zeitelends, die hoffen, in der Hauptstadt irgendwie zu Brot zu kommen. Es wird da wohl auch die allereinstimmigste polizeiliche Aktion nichts helfen, solange das Grundübel weiterbesteht. — Beachtenswert ist das vollkommenere Fehlen der Wohlfahrtsvereine (almosenlos) in Prag, dessen konservative Kleinbürger sich mit sozialen Neuerungen nicht befremden wollen. Man will neuerdings versuchen, die Wohlfahrtsvereine durch V e l e i t r ä g e r und andere öffentliche Organe verschleichen zu lassen; dem Publikum soll es recht bequem gemacht werden, sich an die Neuerung zu gewöhnen.

Gerichtssaal

Ein Hehlaffe.

Prag, 7. Oktober. Einer von jenen Gilden, die den Namen Christi zu einer Parteinahme missbrauchen, die mit dem Bogen des Christentums nicht das mindeste gemeinsam hat, ist diesmal vom obersten Tribunal der Republik, vom Obersten Gericht in Brünn, definitiv erledigt worden. Ein hochwürdiger Herr, der von der Kanzel herab einerseits den Staat geschmäht, andererseits keinen Unfug über die sozialistischen Parteien ausgegossen hatte und nach § 203 verurteilt wurde, hatte von dem Recht zu lägen, das unsere Strafprozedur dem Angeklagten einräumt, weisend Gebrauch gemacht. Christus hat zwar gelehrt: Eure Rede sei ja, ja — nein, nein! Was darüber ist, ist dem Bösen. Aber dieser Weisliche drehte und wandte sich in mehr als jesuitischer Art vor dem Gericht und in der Verurteilung, die er noch seiner Verurteilung eintrugte, versuchte er die gleichen Kunststücke. Das Oberste Gericht zeigte aber kein Verständnis für seine Praktiken und bestätigte das Urteil des Erstgerichts, so daß Hochwürden die wohlverdienten sechs Wochen rechtskräftig zubüßert belamen. rh.

Rindesmord.

Prag, 6. Oktober. Die heutige Schwurgerichtsverhandlung betraf eine Rindesmörderin. Wir holen diese Art von Prozessen anlässlich der schrecklichen Serie von fünf verurteilten Fällen während der Aprefession des Schwurgerichts eingehend gewürdigt. Der vorliegende Fall unterscheidet sich nur durch einige besondere Begleitumstände von dem üblichen Typus. Eine Währende Magd wird bei einer Tanzunterhaltung mit einem fremden Mann bekannt, geht mit ihm nach Hause, wird schwanger und fährt, als die schwere Stunde herantritt, mit dem Auto nach Prag, um in der Gebäranstalt Zutritt zu suchen. Aber schon unterwegs stellen sich die Wehen ein. Sie steigt aus und schleppt sich in das Walddickicht, wo sie ein Kind zur Welt bringt. Einen Tag und eine Nacht liegt sie hilflos unter freiem Himmel, dann erwürgt sie das Kind mit ihrem Taschentuch, packt es in das Zeitungspapier, in dem sie ihr Mitgeessen (ein Stück Brot) eingewickelt hatte und gräbt die kleine Leiche in den Waldboden ein.

Ihre allzu zeitige Rückkehr zu ihrem Dienstherrn weckt Verdacht. Man geht der Sache nach und kurz darauf wird sie verhaftet. Die Währende, die wie eine Pänhlerin aussieht, ist vollkommen apathisch. Der Prozeß wurde auf Antrag des Verteidigers zur Überprüfung ihres Geisteszustandes vertagt.

Das Prager Schwurgericht verhandelte auch heute in geheimer Verhandlung einen Notzuchtfall, der mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr schweren Berufs endete.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bürgerlicher Sport.

Prag darf nicht fehlen . . .

Skandal beim 3. Rittropcupspiel Sparta—WAG. Wien.

Prag noch ist die Erinnerung an das für den bürgerlichen Sport unruhliche Ende des J u d a p e s t e r L ö d e r k a m p f e s vom Sonntag. Und die am Mittwoch in Prag angetragene dritte Begegnung WAG. Wien—Sparta in der Rittropcupkonkurrenz schloß beinahe so wie in Budapest. Hier wie dort leiste sich die Mut auf den Schiedsrichter. Es war diesmal ein Österreicher, der mit Täuschlichkeiten bedacht wurde, wodurch die Menge vorzeitig — zwei Minuten vor Schluß des Spieles — ins Spielteich eilte und auf den „Unglückstrafen“ verging. Auch hier mußte die

Polizei mit dem Pöbel

Ordnung und Ruhe wiederherstellen. Warum das alles? Weil wie in Budapest so auch in Prag die „Lebinger“ nicht folgen konnten, in diesem Falle eben die Sparta.

WAG Wien gewann 2:0 (1:0) infolge besserer Gesamtleistung verdient, obwar die Prager viel Schußgedröhl hatten.

Frauenorganisation Prag.

Freitag, den 9. Oktober, acht Uhr abends, im Café „Rizzo“

Frauenabend.

Vortrag Gen. Emma K i e d e l: „Zeitgemäße Wirtschaftsfragen“. Bestimmt alle kommen und Bekannte mitbringen!

Vereinsnachrichten

Wiedersehensfeier der nordböhmisches Bergsteiger des T. B. „Die Naturfreunde“.

Trotz kalter Witterung, zeitweise auch Regen, hatte sich eine stattliche Anzahl von Bergsteigern im Veprach-Riettergarten in Schovitsa, am Sonntag, den 4. Oktober, eingefunden. Die Bergsteiger der Gruppen Aufstieg, Botas, Bodenbach, Kradowitz, Zerschön kamen gegen 9 Uhr normittags mittels Autosbus an, das seitens unseres Freundes Richter, Autobus-Unternehmen, Aufstieg. Für diese Propagandajahrt beigestellt wurde. Auch die Bergsteiger der Gruppen Hüllerbörstel, Leipa waren vertreten. Es wurden unter der Führung der Gruppe Aufstieg und Unterstüzung der übrigen Bergsteiger der „Vereinsnachrichten“, der „Baiter“ und der „Eichenstern“ befragt. Auch der Veprach-Turm wurde besichtigt. Das rauhe Heroldsteiner hantelte stark die Ausführung des vorgeschlagenen Programms.

Schon gegen 3 Uhr nachmittags begaben sich alle Teilnehmer zu einer gemeinsamen Aussprache in einen Saalhof in Schovitsa. Wg. Alois S t o r c h, Bodenbach, erläuterte den Zweck und die Bedeutung des Zusammenschlusses aller Bergsteiger im T. B. „N. F.“; die abgeführte Debatte zeigte volles Verständnis für die Bildung eines „Bergsteigerbundes“. Ueber die Ausgestaltung sollen Vorschläge vom Ansatze unterbreitet werden. Darauf wurde Wg. Alois S t o r c h-Bodenbach zum Leiter des Bergsteigerbundes vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Weiters wurden die Mitglieder K i e d e l, Aufstieg, Wehlhofs-Botas, Pletta-Zerschön, Storch, Bodenbach, Tenner-Kradowitz, Braunsch-Pöhl, Hörner-P. Leipa, Dabitz-Hüllerbörstel in den Ausschuss gewählt. Wg. Alois S t o r c h erklärte sich bereit, diese Funktion anzunehmen, und wünscht rege Mitarbeit aller Bergsteiger. Somit ist der Grundstein gelegt und ein weiterer gedeihlicher Aufstieg in unserer Naturfreunde-Bewegung dürfte gesichert sein. rz.

Der Film

Filmzensurkrüftchen.

Ein Prinzip ist ihr heilig — nämlich der D a m e a u s E r z i e h u n g s s t r e i f e n, die s i c h l i c h e n E i n f l u s s hat auf die Zensurergüsse — daß nämlich das Kibon der „erprobten“ Schulleser über niemals verlassen wird, daß der Film geboren und geschaffen ist erstens zum Geldverdienen, zweitens zum Geldverdienen, drittens für den Miß und endlich für die Reaktion. Das Charakteristikum dieser Tendenz ist die unerrückbare Freundschaft für den Krieg; im Aprilheft des Innenministeriums mußte man mit Empörung feststellen, daß aus dem Antikriegsfilm „Auf Befehl des Herrgotts“ alle Dialoge ausgeschnitten werden mußten, die im Satz gipfelten: „Krieg, Krieg, ich hasse den Krieg“, oder: „Wenn ich den armen Kerl abknalle, ist dann vielleicht kein Krieg mehr?“ . . . „Wieder heulten die Maschinengewehre und vergaßen war das Gebot: Du sollst Deinen Nächsten lieben.“ . . . Ja, sogar die Bibel hält vor dem grünen Tisch nicht mehr stand, wenn es um die Ehre des Vaterlandes geht, der ja vom Hinterland aus so glänzend dirigiert und angeordnet werden kann. Dieser Linie entspricht ein Schnitt aus dem Marlene Dietrich-Film X—27, wo ein Offizier Gehorsam verweigert und den Espion nicht abknallen lassen will; dem Gefühl der internationalen Solidarität, das im Prager Innenministerium die herrlichsten Mäuten schlägt, entspricht weiter das Diktat, daß man in den verschiedenen Wochenshows alle Staats-

Genossen! Ihr müßt un- ausgeseht! Ich die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Zieht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, **agitiert** Genossen u. Genossinnen

hymnen hören darf, nur nicht die deutsche . . . Weiß das Herr Beneš?

Die Tendenz wäre aber nicht vollständig, wenn man nicht auch an der Unsehbarkeit des Bürokratismus und beamteten Sicherheitsapparats festhalten würde, der ja hierzulande ganz besondere Beachtung verdient und in seinen Konkurrenzbestrebungen etwa zur Menschlichkeit der rumänischen Siguranz vor ungarischen Garde große Erfolge aufzuweisen hat. Man ist in den Kreisen dieser uns leider empfindlich belästigenden Zensur der Ansicht, daß einmal an der erfolgreichen Arbeit der Polizei und der Menschenfreundlichkeit der inländischen Strafjustiz festgehalten werden muß; jeder Versuch, im Film einen doch den Totschlägen nicht entsprechenden Mißerfolg der Sicherheitswächter festzustellen, wird in wahrhaft demokratischem Geist unterdrückt und im Interesse der echten und erfolgreichen Volksaufklärung ausgereitert: „Menschen hinter Gittern“, der erste amerikanische Tonfilm mit Henrich Garage, spielt hinter schwebenden Gardinen in amerikanischen Gefängnissen; er wurde in unserer Uebersetzungsredaktion, trotzdem der beschränkte Byzantinismus und Puritanismus der amerikanischen Staatsmaschine daran keinen Anstoß genommen hat — das Vergleichsobjekt einer europäischen Demokratie sei nicht einmal angedeutet —; Bild-West-Filme „Ankerhald des Gefanges“, „Der Schrecken von Arizona“ müssen weg, die Deutschlandbege in der „Fidschaback“ oder der nationale Überlauf in den „Hundstößen“ oder „Habillez Porzobsk“ wird aber als Kulturakt gefeiert! Und wenn gar im neuesten Fritz Lang-Film das Problem der Triebmörder erörtert wird, dann muß natürlich wieder einmal die Verbotsmaschine einschuppen. Die Kärtenpsychose darf nicht dargestellt werden — hier wurde absichtlich noch kein Werturteil abgegeben —, ebenso wenig wie das Problem der Rinderangeberei in schnellen Dingen, bekannt aus dem Skandalprozeß gegen den Blarret-Frenzel, im Film behandelt werden darf: „Kinder vor Gericht“ dürfen hier nicht gezeigt werden, weil das Gericht auf Grund des Meinworts der Tochter den unschuldigen Vater verurteilt und ihm keine Satisfaktion mehr geben kann, denn er dreht Selbstmord. Man könnte diese Reihe ins Unendliche fortsetzen; es gibt wohl keine Beamteste Instanz dieses Staates, die in höherem Ausmaß Unbildung und Borniertheit bezeugt. Was in der Zeitung, was von der Boulevardpresse mit größter Wache gebracht wird, erhält hier unter dem Protektorat der „Dane aus Erziehungsanstalten“ neue Begutachtung; was diese miserabile und wankende Gesellschaftsordnung an Unmöglichkeiten und Beschränkungen zu ihrer Schreinerzeiten; achtet erhalten zu müssen meint, das ist in den vom Amtsgeheimnis gebildeten Hallen der Filmzensur heilig gesprochen worden. Wie lange noch soll man sich diese Ueberrisse des potentiellen Angewistes gefallen lassen? Wie lange noch soll die wirkungslose Kunst von Unberufenen kontrolllos verurteilt werden? W. Lg.

Literatur

„Von unten auf.“ (Aus einem Proletarierleben von Ernst W a l e r i c h.) Das Buch ist die Selbstbiographie eines mit einem wachen Geiste und empfindsamem Gemüte begabten Arbeiters; es ist die Geschichte eines Lebens, das in der Tiefe, in der Armut einer durch das Alkohollaster zerstörten firdereichen Arbeiterfamilie begann und schrittweise, oft im Jajaadwege schreitend, zur geistigen Reife eines aufrichtigen, mitfühlenden, Klassenbewußten Arbeiters aufwärts führte. Es erzählt von der dumpfen Bedrücktheit arbeitsloser Kinderjahre, von der Seelennot einer von Mischkältern und Lehren verfaulenden und verachteten Waise, von verbotenen Lehrjahren in einem unbefriedigenden, aufsteigenden Beruf, von Irregungen des Jabs zur Zeit wälder Wander- und Vagabundenzug, von Gottsucherei und Religionsverleugung und von dem Hunger nach den Kulturgütern geistiger Menschheit; es schildert aber auch den ständigen Einfluß gütiger Menschen auf die hilflose Kindesseele, den heilsamen Nachhall empfangener Wohlthaten, den starken Eindruck gut geleiteter Arbeitervereinsmutter, die geistige Befruchtung durch die Arbeiterpresse — besonders die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ —, spricht von der Befreiung durch gute Leselust (Goethe und Thalesparei) und von dem stillen, wärmenden Glücke einer ehelichen Kameradschaft. Aus seiner Lebenserfahrung und Menschenbeobachtung schöpft der Verfasser die Erkenntnis: „In der gegenwärtigen Hilfe liegt die Kraft, im gemeinsamen Schaffen der Weg zur Freiheit, in den Worten „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ der Schlüssel zum Frieden.“ Die Sehnsucht nach dem Frieden mit sich und den Menschen gibt dem leserwertigen Quade der Unterton, die nackte, unberührte Darstellung des Erlebten und Ersehnten, die subjektive Befriedigung der Umwelt und ihrer Zeitereignisse, die Frische. Für das Schrittm des J a e r g e b i s s e s, der Heimat des Verfassers, ist diese Selbstbiographie eine Keuschheit; sie sagt, daß neben der romanhaften Lebensschilderung irgend einer Gläubigen oder bogüterten Bauers auch die schundlose Schilderung eines einfachen Arbeiterlebens seßeln und zum Nachdenken anregen kann. J.

© 1931 Prager Zeitung. — Druckerei: Prager Zeitung. — Druck: Prager Zeitung. — Vertrieb: Prager Zeitung. — Anzeigen: Prager Zeitung. — Abbestellung: Prager Zeitung.